

Protokoll

32. Sitzung vom 8. April 2013
Seite 739

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 8. April 2013, 19.00 Uhr – 22.00 Uhr (Doppelsitzung)
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	33 Mitglieder des Gemeinderats; der Stadtrat, Heinz Kundert, Stadtschreiber, Melanie Imfeld, Ratssekretärin (Protokoll), Simona Truttmann, Ratssekretärin-Stv. (Protokoll) und Paul Bossert, Ratsweibel
Entschuldigte	Andreas Gut (Militär), Heinz Wiher (Beruf)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme der Protokolle vom 28. Januar 2013 und 11. März 2013
3. Weisung 25, vom 3. September 2012, betreffend Betriebsbeitrag an die Stiftung grow
4. Weisung 28, vom 19. November 2012, betreffend Ersatz- und Neubau Oberstufenschulhaus Rotweg
5. Postulat der FDP-Fraktion, vom 30. Januar 2013, betreffend Strandbad Rietliau; Begründung
6. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 14. Oktober 2012, überwiesen am 26. November 2012, betreffend Velotransporte im ZVV-Bus; Beantwortung
7. Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 5. Oktober 2012, überwiesen am 5. November 2012, betreffend Konzept für Anträge um Unterstützung durch die Stadt; Beantwortung
8. Interpellation der SP-Fraktion, vom 12. Februar 2013, betreffend der Förderung von günstigem Wohnraum; Begründung
9. Interpellation der CVP-Fraktion, vom 13. Februar 2013, betreffend Schaffung günstigen Wohnraums; Begründung
10. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 15. Juli 2012, begründet am 3. September 2012, betreffend die nachhaltige Wasserversorgung in Wädenswil; Beantwortung
11. Interpellation von Kuno Spirig, BDP und der SVP/BFPW-Fraktion, vom 4. Juli 2012, überwiesen am 5. November 2012, betreffend saubere Chilbi; Beantwortung
12. ~~Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 14. Oktober 2012, überwiesen am 26. November 2012, betreffend vermehrte Geschwindigkeitskontrollen; Beantwortung~~

13. ~~Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 17. Oktober 2012, überwiesen am 26. November 2012, betreffend Dämmerungseinbrüche; Beantwortung~~
14. ~~Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 25. März 2013, betreffend Sicherheit im Lernschwimmbecken Steinacher; Begründung~~
15. Einbürgerung:
 - GÖKCEN Yasemin Mina, amerikanische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Rotweg 6

Die Traktandenlisten wurde rechtzeitig amtlich in der ZSZ publiziert.

Gegen die Traktandenliste gibt es keine Einwendungen.

Aufgrund der Abwesenheit von Stimmzähler Heinz Wiher muss eine Tagesstimmenzählerin gewählt werden. Das Büro schlägt Rita Hug vor. Der Vorschlag wird nicht erweitert.

Auf den Ratstischen liegen folgende Dokumente: Der Geschäftsbericht 2012, der Tätigkeitsbericht von grow, die Rechnung 2012, ein Buch im kartonierten Umschlag vom Direktor der ZHAW Urs Hilber, sowie die Einladung zum Tag der offenen Tür der Agroscope.

1. Mitteilungen

Fraktionserklärung SP:

Christian Gross, führt aus, dass es ein wunderschöner Donnerstagabend gewesen sei, aber statt draussen zu spazieren oder mit Tee und Schlaf das Fieber auszukurieren, habe die GRPK mal wieder eine Sitzung gehabt. Zwar nicht eine oder zwei Stunden, nein bis spät in den Abend sass man zusammen. Am Schluss konnte man beruhigt nach Hause gehen, die Weisung 28 könne rechtzeitig vors Volk gebracht werden und auch das Theater Ticino könne rechtzeitig mit dem Umbau beginnen. Der Bericht und Antrag dazu hätte nur noch ausgedruckt, unterschrieben und abgegeben werden müssen. Dafür seien noch fünf Tage Zeit geblieben, was mehr als genug sei. Doch bald sei das böse Erwachen gekommen bestehend aus einem Buchstaben und acht Ziffern, E: 27.03.2013, und damit ein Tag zu spät. Sie von der SP-Fraktion seien sehr enttäuscht, und fanden es respektlos den GRPK-Mitgliedern, wie auch dem Theater Ticino gegenüber, welches nach dem Entscheid von Wädenswil auch noch den Entscheid vom Kanton abwarten müsse und nicht mehr so viel Zeit habe. Bauarbeiten neben einem Bahngleis seien billiger, wenn das Bahngleis so oder so gesperrt sei und keine Züge fahren.

Er wünsche sich darum für die Zukunft von allen Kommissionspräsidenten/-präsidentinnen, dass jede Vorlage mit dem gleichen Engagement und Elan bearbeitet werde.

1.1 Eingänge

- Postulat der SP-Fraktion, vom 25. März 2013, betreffend unentgeltlicher Benützung städtischer Infrastruktur für die Jugendarbeit von Wädenswiler Vereine
- Beschluss zur GR-Sitzung vom 25. März 2013
- Protokoll der GR-Sitzung vom 11. März 2013
- Einladung zur GR-Sitzung vom 8. April 2013
- Bericht und Antrag zur Weisung 25, vom 3. September 2012, betreffend Betriebsbeitrag an die Stiftung grow
- Bericht und Antrag zur Weisung 27, vom 22. Oktober 2012, betreffend Umbau/Neuerschliessung Theater Ticino: Änderung der Darlehenskonditionen und Investitionsbeitrag
- Bericht und Antrag zur Weisung 28, vom 19. November 2012, betreffend Ersatz- und Neubau Oberstufenschulhaus Rotweg

1.2 Überweisungen

--

2. Protokollabnahme

Die Protokolle der Sitzungen vom 28. Januar 2013 und 11. März 2013 werden genehmigt.

20.10.01

3. Weisung 25, vom 3. September 2012, betreffend Betriebsbeitrag an die Stiftung grow

Eintretensdebatte:

Präsidentin der Sachkommission Charlotte Baer, führt aus, dass die Ausnahme die Regel bestätige. Dieser Grundsatz habe sich im Zusammenhang mit der vorliegenden Weisung mehrfach bewahrheitet. Es gehe um einen neuen Betriebsbeitrag an die Stiftung grow (Gründerorganisation Wädenswil) von Fr. 180'000.-- über die Jahre 2013 bis 2015.

Bereits die Sachkommission habe – dies sei die Ausnahme Nr. 1 – eine Eintretensdebatte geführt. Die Weisung 25 sei nämlich eine Zweitaufgabe. Bereits im Juli 2010 hatte der Gemeinderat einen Kredit von Fr. 240'000.-- für die Jahre 2010 bis 2012 gesprochen. Damals ging es um die Neulancierung von grow und die Finanzierung eines Geschäftsführers. "Hat man die damaligen Ausführungen und Zusicherungen des Stiftungsratspräsidenten vernommen, so kam man zu den zwei unumstösslichen Tatsachen, nämlich das Amen in der Kirche und alle Menschen werden älter, eine dritte dazu nämlich, dass es keine wiederholte Kreditbegehren von grow an die Stadt gibt". Erklärtes Ziel von grow sei es, selbsttragend zu werden.

Die Sachkommission habe deshalb nicht schlecht gestaunt, dass nur nach ca. 2½ Jahren von dieser eingehämmerten Regel bereits eine Ausnahme Nr. 2 gemacht werden müsse. Die vorliegende Weisung 25 habe deshalb bei der Präsentation heftige Diskussionen, gerade auch um das Eintreten ausgelöst. Wie aus dem Bericht und anschliessend dann auch

aus der Detailberatung hervorgehen werde, stelle die einstimmige Sachkommission aber den Antrag, auf die Weisung 25 einzutreten. Das Gleiche könne sie im Namen der einstimmigen SVP bekanntgeben.

Rita Hug, GP, teilt mit, dass die Fraktion der Grünen für Eintreten der Weisung 25 und den Kredit über Fr. 180'000.-- sei.

Thomas Koch, FDP, führt aus, dass es sich bei der vorliegenden Weisung, um es auf den Punkt zu bringen, darum gehe ob man am Hochschul-, Forschungs- und Bildungsstandort festhalten möchte. Im Namen der FDP könne er Eintreten bekannt geben.

Stadtpräsident, Philipp Kutter, erklärt, dass die Weisung 25 einen schwierigen Start gehabt habe. Am Anfang sei die Diskussion grundsätzlich und recht emotional gewesen. Er danke der Sachkommission und insbesondere ihrer Präsidentin, dass sich daraus eine gute und sachorientierte Diskussion entwickelt habe. Sie habe das Geschäft auf Herz und Nieren geprüft und sie habe auch einige gute Hinweise gegeben.

Er habe bei dieser Weisung viel gelernt, unter anderem, dass Protokolle auch Jahre später noch genau gelesen würden. Darum habe er hier für das Protokoll einige grundsätzliche Gedanken zum Thema Wirtschaftsförderung:

Vor ein paar Monaten habe ein internationaler Konzern der Stadt mitgeteilt, dass er sein Werk in der Au schliessen und die Produktion nach Portugal verlagern wolle, da dort die Löhne viel tiefer seien. Das sei unerfreulich. Sie hätten interveniert, mussten aber die ökonomischen Zwänge akzeptieren.

Es sei Realität, dass es anspruchsvoll sei, in Wädenswil Arbeitsplätze zu erhalten oder gar anzusiedeln. Grosse und ortsungebundene Firmen verlagerten ihre Produktionen ins Ausland oder wählten zentralere Lagen. Beides sei in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt passiert. Erst seien die Fabriken, dann die industriellen Produktionsbetriebe wie zum Beispiel die Alcatel verschwunden.

Vor rund zehn Jahren hätten sich darum der Handwerk- und Gewerbeverein, der Industrie- und Arbeitsgeberverband, die Standortförderung, die Hochschule (heute ZHAW) die Tuwag sowie die Stadt zusammengetan, um etwas dagegen zu unternehmen. Sie hätten sich gefragt, für welche Branchen der Standort Wädenswil besonders geeignet sei. Ein besonderes Potenzial gebe es für Firmen, welche die Nähe zur Hochschulbildung und zur Forschung suchen. Daraus sei auf dem Tuwag-Areal das Gründerzentrum grow entstanden. Es sei lange Zeit ein zartes Pflänzchen gewesen, doch seit der Einrichtung der Geschäftsstelle vor drei Jahren sei die Entwicklung sehr erfreulich. Heute würden 18 Firmen und rund 50 Mitarbeitende zu grow gehören.

Der Stadtrat beantrage, grow drei weitere Jahre lang zu unterstützen. Sie seien in der Lage, den städtischen jährlichen Betrag von heute Fr. 80'000.-- auf Fr. 60'000.-- zu reduzieren, da

mit der Zürcher Kantonalbank ein weiterer Partner gefunden worden sei. Es sei jedoch davon auszugehen, dass ein Betrag der Stadt auch darüber hinaus nötig sei. Jedes Gründerzentrum brauche externe Geldgeber, um den Betrieb zu finanzieren.

Warum unterstützt der Stadtrat grow? Erstens, da er einen Weg sehe, neue Arbeitsplätze in Wädenswil zu schaffen und zweitens, weil er damit die ZHAW stärke. Viele Hochschulen verfügten über Gründerzentren, grow sei eng verbunden mit der ZHAW. Zwei Drittel der grow-Firmen hätten einen Bezug zur ZHAW. In diesem Netz würden sich die Institute gegenseitig stärken. Auch der Kanton habe das erkannt und anerkannt. Sie von der Stadt hätten ein Interesse daran, dass dieses Netz stark sei. Sie wollten die Bildungs- und Forschungsstadt Wädenswil weiter voranbringen. Die Stadt tue dies aus handfesten Gründen: Die ZHAW sei mit 583 Arbeitsplätzen der grösste Arbeitsgeber. Auch das Kinderheim Bühl mit 200 und die Agroscope mit 150 Arbeitsplätzen würden zu den grösseren gehören. Insgesamt 1'500 Arbeitsplätze biete die Bildungs- und Forschungsbranche in Wädenswil an – ohne Primar- und Oberstufenschule. Sie seien ein wichtiger volkswirtschaftlicher Faktor für die Stadt, ja für die ganze Region. Davon würden alle profitieren. Sie böten Arbeitsplätze, die Angestellten würden Steuern bezahlen und die Institute würden investieren. Sie renovierten, sie bauten aus oder bauten neu, wie zum Beispiel am "Seifen-Sträuli". Davon könnten sowohl die Zulieferer als auch das regionale Gewerbe profitieren.

Gerade aus dem Gewerbe gäbe es kritische Stimmen. Ihnen wolle er entgegen halten, dass sie von dieser Dynamik ebenfalls profitieren. Dann gäbe es Firmeninhaber, die sagen, ihnen habe auch niemand geholfen als sie ihren Betrieb eröffnet hätten. grow-Firmen starten mit speziellen Rahmenbedingungen, da am Anfang oft kein fertiges Produkt sondern nur eine Idee bestehe. Oft dauere es mehrere Jahre und brauche viel Kapital von privaten Investoren, bis diese Firma ein Produkt verkaufen könne. Darum bräuchten sie eine gewisse Starthilfe.

Ebenfalls behaupteten Stimmen, dass die Stadt viel für die Hochschulen oder für die Forschungsanstalt mache würde. Dies sei korrekt, man vergesse aber dabei auch die anderen Firmen in Wädenswil nicht. Er erinnere daran, dass die Stadt vor noch nicht allzu langer Zeit die Submissionsverordnung angepasst habe und bei Fragen rund um die Vergabungen gesprächsbereit sei, damit das gut funktioniere.

Die Stadt habe sich zum Ziel gesetzt, Platz für Firmen zu schaffen. Wädenswil fehle vor allem Land zu vernünftigen Preisen. Der Stadtrat sei bereits seit längerem daran im Gebiet Rütihof für die Ansiedlung von Firmen aller Art Platz zu schaffen. Man habe also den Blick für alle Wirtschaftsteilnehmer in Wädenswil, für alle, die Arbeitsplätze anböten und Steuern bezahlen. Die Wirtschaft von Wädenswil sei vielfältig – Handwerker, Dienstleister, Detaillisten, Technologie-Firmen wie die im grow und Bildungsinstitute wie die ZHAW. Es störe ihn auch, dass man versuche einzelnen Branchen gegeneinander auszuspielen, denn für einen starken Arbeitsort Wädenswil brauche man alle.

Ein Wort zu den Empfehlungen der Sachkommission:

Der Stiftungsrat grow habe schon im Zuge der Beratung den Willen signalisiert, die Anliegen aufzunehmen. Er wolle insbesondere die Regeln schriftlich formulieren, nach welchen Kriterien die Jungunternehmen gefördert werden sollen. Inhaltlich sei vieles bereits vorhanden.

Weiter möchte er noch etwas zu dem Mehrheits- bzw. Minderheitsantrag sagen. Ein Teil der Sachkommission – dies werde dann in der Detailberatung behandelt – wolle den grow-Beitrag von Fr. 180'000.-- auf Fr. 150'000.-- reduzieren. Er sei interessiert daran, mehr darüber zu erfahren, denn die Begründung im Bericht dünke ihn etwas knapp. Er würde gerne wissen, wo man dann etwas einsparen könne. Aber eine solche Senkung, würde grow nicht ernsthaft in Bedrängnis bringen.

Marc Lütolf, CVP, sagt, dass die CVP-Fraktion für die Weisung und den Minderheitsantrag der Sachkommission sei.

Abstimmung zum Eintreten:

Der Rat stimmt ohne Gegenstimme für das Eintreten auf die Weisung 25.

Detailberatung:

Präsidentin der Sachkommission Charlotte Baer, erklärt, dass grow Jungunternehmen aus den Bereichen Life Sciences, IT und Facility Management bei der Gründung und in den ersten Geschäftsjahren unterstütze und begleite. Sie vermittele Risikokapital und fördere aktiv den Technologie- und Wissenstransfer. In der erwähnten Weisung 1 vom April 2010 sei es um die Neupositionierung und Professionalisierung von grow gegangen. Zu diesem Zweck sei ein Geschäftsführer mit einem Teilzeitpensum von 20% engagiert worden. Der entsprechende Kredit von Fr. 240'000.-- sei für dessen Entschädigung über die Jahre 2010 bis 2012 bewilligt worden. Der Geschäftsführer habe die Aufgabe, die grow-Firmen in ihrer Organisation, Finanzierung und Vernetzung aktiv zu unterstützen und – ganz wichtig – ihre Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) auszubauen. Diese Neupositionierung sei gelungen, sagen die grow-Verantwortlichen. Jetzt gehe es mit der aktuellen Weisung 25 darum, das Erreichte zu festigen und fortzusetzen. Zu diesem Zweck müsse der Mandatsvertrag mit dem Geschäftsführer verlängert und zugleich sein Arbeitspensum auf 30% erhöht werden. Dazu brauche es wiederum die finanzielle Unterstützung der Stadt Wädenswil. Mit von der Partie seien allerdings auch wieder die ZHAW und ebenso die Tuwag Immobilien. Als neue Geldgeberin komme zudem die ZKB hinzu, welche sich mit Fr. 150'000.-- zu beteiligen gedenke, allerdings nur unter der Bedingung, dass der Gemeinderat zur Weisung 25 heute Ja sage.

Als Gegenleistung werde von den grow-Firmen erwartet, dass sie zur wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung des Forschungsplatzes Wädenswil beitragen. Ziel des Stadtrats sei es, in Wädenswil Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen; zudem soll der Fachhochschulstandort Wädenswil gefestigt werden – alles Massnahmen im Zeichen der Bildungsstadt.

Die Weisung 25 sei anfänglich äusserst umstritten gewesen. Im Brennpunkt seien aber nicht die erwähnten Zielsetzungen des Stadtrats oder der ZHAW-Standort gestanden, sondern die rasche Abfolge eines zweiten Kreditbegehrens, welches den ursprünglichen und dann-zumal überzeugenden Zusicherungen des grow-Stiftungsratspräsidenten, es handle sich um eine einmalige Anschubfinanzierung, diametral entgegenstehe. Eher als Druckmittel denn als vertrauenserweckende Massnahme sei ausserdem die Bedingung der ZKB interpretiert worden, nur dann mitzumachen, wenn auch der Gemeinderat dem dreijährigen Rahmenkredit von Fr. 180'000.-- zustimme – salopp nach dem Motto: "Wenn ihr uns dieses Geld nicht bewilligt, dann haben wir ein Problem!"

So laufe aber die Politik in der Sachkommission nicht. Eine Regel besage, dass es keine zweite Chance gebe, einen guten ersten Eindruck zu hinterlassen. Davon habe die Sachkommission die Ausnahme Nr. 3 gemacht, sei sozusagen wie bei "Eile mit Weile" mit allen Männchen wieder auf das Startfeld zurückgekehrt und habe die Debatte neu aufgerollt – diesmal unter verstärktem Einbezug der ZHAW und ihrer Beziehung zu grow. Die Sachkommission bemängle an dieser Stelle, dass die Position der ZHAW in der Weisung 25 ungenügend zum Ausdruck komme. Sie habe dies deshalb selber in einem eigenen Arbeitspapier unter direkter Fühlungnahme mit ZHAW-Direktor Prof. Urs Hilber nachgeholt.

Zur ZHAW sei Folgendes zu sagen: Als stark in der Praxis verankerte Fachhochschule vermittele sie ihren Absolventen eine praxisorientierte Ausbildung, kombiniert mit einem soliden theoretisch-wissenschaftlichen Wissen, welches intakte Arbeitsplatzperspektiven gewährleiste. Diese starke Position der ZHAW als Bildungsinstitution erwecke gegenüber der Stadt Wädenswil einige Erwartungen, welche auch Eingang ins Strategiepapier "Bildungs- und Forschungsstadt" vom 6. Juni 2011 gefunden haben. Bekanntlich stehe die Stadt immer wieder in der Kritik, nicht genügend Studentenwohnraum oder Sportinfrastrukturen anzubieten. Mit der finanziellen Unterstützung von grow könne der Stadtrat ein positives Zeichen zugunsten der ZHAW setzen. Denn der Hochschulstandort Wädenswil sei nicht in Stein gemeisselt; die ZHAW stehe in permanenter Konkurrenz zu Zürich und Winterthur. Die Zusammenarbeit zwischen grow und der ZHAW manifestiere sich nicht nur in der Sprungbrettfunktion für Jungfirmen aus dem Life-Science-Bereich, auch für die ZHAW selber seien diese Start-ups wichtige Partner für gemeinsame Forschungsprojekte. Unter diesem Gesichtswinkel sei eine finanzielle Unterstützung der Bildungsstadt Wädenswil für grow grundsätzlich sicher sinnvoll.

Eine weitere Erkenntnis aus der zweiten Verhandlungsrunde, welche ebenfalls nicht aus der Weisung 25 hervorgehe, sei die, dass grow längerfristig – also auch über das Jahr 2015 hinaus – kaum selbsttragend sein werde. Das heisse, es werde auch in Zukunft mit weiteren Kreditbegehren zu rechnen sein, auch wenn die Verantwortlichen angeblich bestrebt seien, den Anteil der öffentlichen Hand zurückzufahren.

Im Lichte dieser zusätzlichen Erkenntnisse, sei die Sachkommission grundsätzlich bereit, grow nochmals finanziell zu unterstützen. Dabei lege sie besonderes Gewicht auf die Bedeutung von grow für die ZHAW, welche bei einem Rückzug der Stadt eine kaum zu verantwortende Standortgefährdung hinnehmen müsste. Die Sachkommission sei aber auch dezidiert der Ansicht, dass diese Unterstützung massvoll sein müsse und zudem unbedingt mehr Transparenz darüber geschaffen werden müsse, wie viele Steuergelder wofür und

nach welchen Kriterien investiert werden. Für eine Mehrheit der Sachkommission sei das Honorar für den grow-Geschäftsführer – bei allem Respekt für seinen Einsatz und sein gut ausgebautes Beziehungsnetz zugunsten der Jungfirmen – zu hoch. Sie beantragen daher, den Kreditbetrag demjenigen der ZKB anzugleichen und auf Fr. 150'000.-- herabzusetzen. Dass es grow nicht sehr belasten würde – wie von Philipp Kutter vorher ausgeführt - beruhige sie. Es sei nicht das Ziel grow zu schwächen, wenn man aber bedenke, dass die Unterstützung längerfristig sein werde und über das Jahr 2015 hinaus gehe, hätten sie sich auf dem Niveau der ZKB angleichen wollen.

Gegenstand von vielen Fragen und ausgedehnten Diskussionen war ein Konzept, welches klar definiere, welche Jungunternehmen nach was für einheitlichen und von grow zu definierenden Kriterien wie gefördert werden sollen. Nach Auffassung der einstimmigen Sachkommission müsse ein starker Bezug zum Life Science-Bereich bestehen, zudem müssen die Firmengründer eine realisierbare Geschäftsidee mit Businessplan vorweisen können, welche auch faktisch einem Marktbedürfnis entspreche. Weiter werde seitens der Jungunternehmen ein gesundes Risikobewusstsein vorausgesetzt; sollte sich nach angemessener Zeit herausstellen, dass einem Projekt keine Zukunft vorausgesagt werden könne, müsse die Unterstützung mit Steuergeldern aufhören. Ein solches Konzept erwarte die Sachkommission als Auflage bis Ende 2013.

Eine weitere Auflage der einstimmigen Sachkommission betreffe die Transparenz des jährlichen Tätigkeitsberichts. Ab der Berichterstattung über das Geschäftsjahr 2013 werde eine Auflistung sämtlicher geförderter Start-ups verlangt, woraus klar hervorgehe, welchen Bezug sie zur ZHAW hätten, ob sie Räumlichkeiten und/oder Infrastrukturen benutzten und in welchem zahlenmässigen Umfang sie finanziell unterstützt würden.

Eine Mehrheit der Sachkommission erteilt grow weiter die Auflage, im Vertrag zwischen grow und dem Start-up die Erstellung einer Kostenrechnung zu vereinbaren, wonach die geförderte Jungfirma im Erfolgsfall die verursachten Kosten innert einer angemessenen Anzahl Jahre zurückzahlen hat. Eine Kommissionsminderheit lehnt ein solches Payback ab.

Der Sachkommission war sehr wohl bewusst, dass der Stadtrat aufgrund seiner Finanzkompetenzen abschliessend über den grow-Kredit von Fr. 180'000.-- hätte beschliessen können. So oder anders gehe es aber immer um Steuergelder. Eine Mehrheit der Kommission äusserte Bedenken in Bezug auf die Neutralität des Stadtrats gegenüber grow und auch gegenüber den Bedingungen der ZKB. Um solchen Zweifeln zuvorzukommen empfehle sie daher, dass der Vertreter des Stadtrats im grow-Stiftungsrat turnusgemäss – beispielsweise jede Legislatur – wechsele. Sie möchte an dieser Stelle betonen, dass es sich hierbei nur um eine Empfehlung handle. Die Betitelung in der Pressevorschau vom Samstag mit "Geplänkel", was so viel heisse, wie Scharmützel oder eine verbale Auseinandersetzung von untergeordneter Bedeutung, widerstrebe ihr. Sie bitte darum – gerade auch im Interesse von grow – nicht nur den Antrag der Sachkommission, sondern auch die Auflagen und Empfehlungen mit dem ihnen gebührenden Ernst zu beachten.

Schliesslich habe die Sachkommission auch die Frage einer gestaffelten Auszahlung des beantragten Kredits, jeweils dann, wenn die Auflagen erfüllt seien, diskutiert, grossmehrheitlich aber davon abgesehen.

Eine Mehrheit der Sachkommission stellt folgenden Antrag:

Für die Weiterführung von grow wird ein Kredit von Fr. 150'000, verteilt auf die Jahre 2013 - 2015, bewilligt.

Eine Minderheit der Sachkommission stellt folgenden Antrag (Zustimmung zum stadträtlichen Antrag):

Für die Weiterführung von grow wird ein Kredit von Fr. 180'000, verteilt auf die Jahre 2013 - 2015, bewilligt.

Im Namen der mehrheitlichen SVP-Fraktion könne sie Zustimmung zum Mehrheitsantrag der Sachkommission, d.h. für einen Kredit von Fr. 150'000.-- vermelden. Eine Fraktionsminderheit plädiert für Ablehnung der Weisung 25.

Sie schliesse ihre Ausführungen mit einem Dank an Stadtpräsident Philipp Kutter und an die Vertreter von grow für die Beantwortung der Fragen und die Mitwirkung bei der Ausarbeitung des Arbeitspapiers; ein spezieller Dank geht an ZHAW-Direktor Prof. Urs Hilber, dem die anspruchsvolle Aufgabe aufgebürdet war, nach der ersten gescheiterten Diskussionsrunde, das Geschäft mittels der Schaffung vertrauensbildender Massnahmen nochmals neu aufzugleisen. Es sei im Wesentlichen auch sein Verdienst, dass der Antrag der Sachkommission immerhin auf eine Sprechung eines Kredits lautet und nicht auf Rückweisung oder sogar Ablehnung des Geschäfts.

Jonas Erni, SP, führt aus, dass die SP die vorliegende Weisung eingehend geprüft habe und er möchte die daraus resultierenden Schlussfolgerungen erläutern. Zuerst möchte er gerne eine persönliche Erklärung abgeben: Er werde sich bei der Schlussabstimmung zu dieser Weisung enthalten, da er als Vorstandsmitglied der Alumni ZHAW direkt mit der Hochschule verbunden sei und das sauber trennen möchte.

Welcher Nutzen habe die Stadt Wädenswil von grow? Dies seien ganz klar neue Arbeitsplätze in Wädenswil, und zwar Jungunternehmer mit Nähe zur ZHAW. Grow sei grundsätzlich ein Erfolgsprojekt, mit einer erfreulichen Entwicklung, aktuell arbeiteten 50 Mitarbeitenden in 18 Firmen. Die ZKB werde neu auch einen Betrag beisteuern, daher könnte man jetzt denken, dass die Stadt in dem Falle nichts beisteuern müsse. Dies sei aber ein Trugschluss, denn der Finanzierungsbedarf sei gestiegen, da auch mehr Mitarbeitende und Firmen in grow tätig seien.

Was biete die ZHAW grow? Dies seien hauptsächlich die Labors, etwas was die Standorte Zürich und Winterthur nicht zu bieten hätten. Daher sei dies ein grosser Standortvorteil für Wädenswil und grow, weil Life Sciences Labore sehr teuer seien, und mit dieser Zusammenarbeit könnten gute Synergien geschaffen werden. Auch die sekundären Arbeitsplätze könnten erhalten werden, alle An- und Ausbauten bei der ZHAW würden nach Möglichkeit an lokale Handwerker vergeben. Was auch von Philipp Kutter bereits angemerkt worden sei, die ZHAW sei mit ca. 600 Mitarbeitenden der grösste Arbeitgeber in Wädenswil. Es bestehe ein Standortwettbewerb unter den Gemeinden mit Hochschulen, und Life Science sei ein grosser Vorteil für Wädenswil. Trotzdem konkurrenzten Zürich und Winterthur weiterhin, alle hätten ein Technopark und alle Standorte würden durch die Gemeinde unterstützt.

Würde man daher die Unterstützung durch die Stadt zurückziehen, wäre dies ein negatives Signal für den Standort. grow habe mit mehreren Millionen Fördergelder aus der KTI-Topf (Kommission für Technologie und Innovation) nach Wädenswil geholt werden können. Auch erfreulich sei, dass die Basis der Trägerschaft verbreitet werden soll, das heisse in der Tendenz werde das Engagement der Stadt abnehmen.

Was ihn besonders freue, sei dass der Stiftungsrat die Vorschläge der Sachkommission für ein Konzept erfüllen möchte. Vor allem der Punkt betreffend Transparenz, interessiere sehr.

Aus diesem Grund sei die SP-Fraktion für den Minderheitsantrag und unterstütze somit die stadträtliche Weisung.

Rita Hug, GP, erklärt, dass die Fraktion der Grünen die neue Weisung 25 für eine weitere Zahlung an die Gründerorganisation grow sehr skeptisch betrachtet habe und auch dieses Mal nicht von Anfang an für eine weitere Unterstützung gewesen sei. Wie man dem Bericht und Antrag entnehmen könne, habe auch die Sachkommission die erste Lesung alles andere als begeistert. Besonders geärgert haben sie Angaben über Firmen, die angeblich in Wädenswil ihren Arbeitsplatz haben, aber tatsächlich von Zürich aus arbeiten. Darum unterstützen und fordern die Grünen das Begehren der Sachkommission, ein Konzept wie es von der Präsidentin Charlotte Baer ausgeführt wurde, bis Ende dieses Jahres zu erhalten. Es müsse in Zukunft klar ausgewiesen werden, wer unterstützt werde, wo die Firma tätig sei und was sie auf den Markt bringen möchten. Sie seien bei der ersten Weisung wie auch dieses Mal verärgert über die unpräzisen Angaben, die man erhalten habe, und ein drittes Mal würden sie das nicht mehr schlucken.

Trotzdem seien sie aber der Meinung, dass grow unter dem Lead von ZHAW-Direktor Urs Hilber noch einmal eine Chance verdient habe. Sie hätten verstanden, dass ein Abschmettern dieser Weisung fatale Folgen für die ZHAW im Konkurrenzkampf mit Zürich und Winterthur haben könnte. Es sei im Interesse der Grünen, dass die Hochschule eine starke Position in Wädenswil habe und darum unterstützten sie die Weisung wie sie daher komme mit einer Zahlung von Fr. 180'000.- verteilt auf drei Jahre.

Ein Payback von erfolgreichen Firmen erachten sie jedoch als nicht sinnvoll, da dies ein Motivationskiller für junge Unternehmer sein könnte und einmal mehr mit einem administrativen Grossaufwand verbunden sei. Kurz und gut – man sei nochmals bei der Unterstützung von grow dabei, erwarte aber Ehrlichkeit, Professionalität und Transparenz.

Thomas Koch, FDP, führt aus, dass die vorliegende Weisung, wie man bereits gehört habe, kein einfaches Sachgeschäft gewesen sei. Die Weisung habe am Anfang Skepsis und Fragen ausgelöst. Eine Ursache möge gewesen sein, dass die gegenseitige Kommunikation im Zusammenhang mit dem ersten Kredit von Fr. 240'000.-- gemäss Weisung 1/2010, nur suboptimal gewesen sei. Möge auch sein, dass im Vorfeld zur jetzigen Weisung 25 allzu zuversichtliche Signale an grow aus dem Stadtrat gesendet worden seien, die den Stiftungsrat vielleicht hätten glauben lassen, der beantragte Kredit sei nur eine Formsache. Und, die Weisung 25 selbst sei zum Teil oberflächlich ausgefallen und habe insbesondere die Bedeu-

tung von grow für den Hochschul- und Forschungsstandort Wädenswil nur sehr zurückhaltend hervor gestrichen.

Die in der Weisung fehlenden Informationen, hätten von der Sachkommission erst beschafft werden müssen. Das sei gelungen dank einer konstruktiven und zielgerichteten Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen von grow selber, die Herren Alfred Niederer und Heiner, Stadtpräsident Philipp Kutter, als Vertreter der Stadt im Stiftungsrat Einsitz nehme, sowie Prof. Dr. Urs Hilber, Direktor der ZHAW. An dieser Stelle den Dank an die Herren, die der Kommission auf ihre nicht gerade wenigen Fragen Rede und Antwort gestanden seien. So hätte man folgende Erkenntnisse erlangen können, die aus der Weisung noch nicht in aller Klarheit hervorgingen:

Erkenntnis 1:

grow sei wesentlich für die Hochschule Wädenswil. Die grow-Firmen seien ein wichtiger Partner für die Hochschule, aber auch für Agroscope und den Strickhof. Man könne sich gegenseitig unterstützen, Synergien nutzen, Theorie mit angewandter Praxis austauschen.

Erkenntnis 2:

Die Stadt Wädenswil habe sich für den Hochschulstandort ausgesprochen. grow nicht mehr zu unterstützen, wäre inkonsequent und würde ein Signal aussenden, die Stadt würde nicht mehr hinter ihrer Hochschule stehen.

Erkenntnis 3:

Der Wegfall von grow würde den Hochschulstandort schwächen und könnte insbesondere Wädenswil im Standortwettbewerb mit Zürich und Winterthur negativ treffen.

Erkenntnis 4:

Von der Hochschule Wädenswil hingen 583 Arbeitsplätze ab.

Auf den Punkt gebracht, erteilte man heute der weiteren Unterstützung von grow eine Absage, würde man sich gegen den Hochschulstandort Wädenswil aussprechen, man würde den Verlust von 583 Arbeitsplätze in Wädenswil in Kauf nehmen, und damit zu verstehen geben, dass Bildung und innovative Jungunternehmern egal seien. Andererseits sei richtig, dass bei der Tätigkeit von grow noch Verbesserungspotenzial festgestellt worden sei. Den heutigen Kredit daran zu messen, was in den letzten drei Jahren noch nicht so gut gelaufen sei, wäre falsch. Einzig relevant sei heute, dass alle – grow einerseits, der Gemeinderat als Kreditgeber, aber auch der Stadtrat als städtische Vertretung im Stiftungsrat andererseits – aus den letzten drei Jahren lernten, feststellten, was verbessert werden könne und die gegenseitigen Erwartungen auch offen und konstruktiv einander mitteilten. Und die gegenseitige Kommunikation habe diesmal, wohl anders als beim letzten grow-Kredit, geklappt. Das Resultat finde man in den Massnahmen und Auflagen, die im Bericht der Sachkommission formuliert seien.

Die Massnahmen seien keine einseitig an grow verteilte Strafaufgabe. Es sei auch kein Reinreden in die operative Führung von grow. Es sei mehr ein "common understanding" von Erwartungen vom Gemeinderat einerseits, und von selbstkritischen Erkenntnissen von grow andererseits. grow, aber auch die Hochschule hätten erkannt, dass sie in Zukunft mehr

Visibilität zeigen müssten. Dass sie der Öffentlichkeit mitteilen müssten, dass sie überhaupt existierten und dass sie ein wichtiges Mosaiksteinchen vom Hochschul-, Forschungs- und Wirtschaftsstandort Wädenswil darstellten. Das gelte auch für den Stadtrat: Sich als Hochschulstandort zu definieren, sei das Eine. Die Botschaft der Öffentlichkeit näherzubringen und zu erklären, dass der Hochschulstandort auch gepflegt werden müsse und schlussendlich auch zum Ziel haben müsse, Arbeitsplätze in Wädenswil zu schaffen und zusätzliche Unternehmen anzusiedeln, sei das andere. grow werde auch Kriterien festlegen müssen, nach denen in Zukunft unterstützungswürdige Unternehmen ausgewählt werden. Einzelne, eigentliche selbstverständliche Aufnahmebedingungen seien im Bericht der Sachkommission erwähnt.

Ebenfalls eine Selbstverständlichkeit und von grow wohl ohne grossen Aufwand umzusetzen, sei die Einführung einer Kostenstellenrechnung. grow soll so die Möglichkeit haben zu wissen, welches unterstützte Unternehmen welche grow-Dienstleistung wie oft und in welchem Umfang abrufe und dabei welche Kosten auslöse. Die Kostenstellenrechnung soll grow nutzen, auf die Unternehmen beim Erreichen von Profitabilität zuzugehen, um die von grow erhaltene Anschubsleistungen zurückzuerhalten. Es dürfe und solle von Unternehmen erwartet werden, die es nur dank der Unterstützung von grow überhaupt geschafft hätten, profitabel zu werden, wieder etwas zurückzugeben, sobald das für das Unternehmen wirtschaftlich vertretbar und möglich sei.

Sie erwarten von grow, dass entsprechende Klauseln inskünftig in die Verträge mit den grow-Firmen eingefügt werden. Die Empfehlung, dass die stadträtliche Vertretung in grow alternieren solle, empfänden sie von der FDP-Fraktion als zu weitgehend. Das stelle eine Einmischung in die Kompetenz des Stadtrats dar, selbst festlegen zu können, welches Mitglied in den Stiftungsrat delegiert werde.

Ebenfalls kein Verständnis habe die FDP-Fraktion für die von der Mehrheit der Sachkommission beantragte Reduktion des Kredits von Fr. 180'000.-- auf Fr.150'000.--. Das Argument, nicht mehr zu zahlen als die ZKB, könne man sicher vorbringen, sei aber Äpfel mit Birnen verglichen. Die ZKB habe sich – anders als die Stadt – nicht dafür ausgesprochen, Wädenswil als Hochschul- und Forschungsstandort aufzubauen und auch zu pflegen. Alle im Rat seien denn auch – anders als die ZKB – verpflichtet, dafür zu sorgen, dass in Wädenswil, nebst Sport und Kultur, auch, und eigentlich in erster Linie die Bildung und Forschung, das Gewerbe und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen durch günstige Rahmenbedingungen gefördert würden.

Abschliessend nochmals: Wer heute Ja stimme, spreche sich für den Bildungs- und Forschungsstandort Wädenswil aus, spreche sich für Arbeitsplätze in Wädenswil aus und setze sein Vertrauen in junge, innovative Unternehmen. Die FDP-Fraktion unterstütze deshalb den Minderheitsantrag und bitte den Rat den beantragten Kredit von Fr. 180'000.-- zu bewilligen.

Hanspeter Andreoli, BFPW, sei etwas überrascht gewesen, als die vorliegende Weisung 25 im Briefkasten gelegen habe. Sie in der Sachkommission behandelten nämlich bereits eine erste Weisung des grow für einen Betriebsbeitrag von Fr. 240'000.-- für die Jahre 2010 bis 2012. Da liege es natürlich nahe, in den diversen Protokollen betreffend der ersten Wei-

sung nach Anhaltspunkten zu suchen. Ein für ihn und vom BFPW wichtiger Punkt sei die Antwort des Stiftungsratspräsidenten des grow, auf die Frage, wie es denn in den Jahren nach 2012 mit Beiträgen der öffentlichen Hand aussähe. Diese Antwort sei klar und deutlich gewesen und in etlichen Protokollen festgehalten und laute, dass grow nach 2012 auf keinen Fall mehr Gelder von der öffentlichen Hand beantragen werde.

Bei der ersten Sitzung der Sachkommission wollte dann der Stiftungsratspräsident nichts von einer solchen Antwort mehr gewusst haben, und er beteuerte ihnen, dass es der Stiftung mit grosser Wahrscheinlichkeit nie gelingen werde, selbsttragend zu werden. Im Klartext heisse das für ihn, dass grow immer von fremden Geldern abhängig sein werde. Er hoffe, dass es für die Verantwortlichen des grow verständlich sei, dass sie anfangs sowohl in der Sachkommission als auch im BFPW eine sehr negative Einstellung zu dieser neuen Weisung gehabt hätten und diese Einstellung zu einer Ablehnung der Weisung führte. Nach einem erneuten Gespräch, diesmal mit Prof. U. Hilber der ZHAW und Heiner Treichler von der Tuwag, habe man ihnen in der Sachkommission die Wichtigkeit und vor allem die Verknüpfung mit der Hochschule genau erläutern können.

Was sie vom BFPW – die Partei des Gewerbes – störe, sei die Tatsache, dass nicht jedes Gewerbe in den Genuss des grow komme, was aber aufgrund der Fachrichtung der ZHAW logisch erscheine. Ein weiterer strittiger Punkt sei die Tatsache, dass die ZKB, welche ebenfalls Fr. 150'000.-- für die nächsten drei Jahre gebe, dies aber nur mit der Bedingung tue, wenn die Stadt ebenfalls ihren Beitrag beisteuere. Eine solche Klausel sei ihres Erachtens nicht gegeben um eine finanzielle Unterstützung von der Stadt abhängig zu machen. Es sei ihnen bewusst, dass der städtische Beitrag gegenüber dem letztem Beitrag kleiner sei, es sei aber auch klar, dass grow, zähle man den Betrag von der Stadt und der ZKB zusammen, höhere Beträge brauche, sprich grow werde teurer. Der Grund für diese Verteuerung sei hauptsächlich die Tatsache, dass der Geschäftsführer, Prof. Dolf van Loon in Zukunft ein höheres Pensum haben werde. Die Kosten würden in Zukunft also sicher nicht sinken und man müsse sich bewusst sein, dass falls in Zukunft die privaten Geldgeber keine Gelder mehr sprechen würden, alles auf die öffentliche Hand zukommen werde.

Damit dies nicht eintreffe, sei es für sie im BFPW von grösster Wichtigkeit auf einen im Bericht und Antrag erwähnten Punkt einzugehen. Sie erwarten von grow, dass diese ihre anfallenden Kosten auf die in grow beschäftigten Unternehmern anhand diverser Kriterien aufteile und belasten werden. Vertraglich soll mit diesen Unternehmen abgemacht werden, dass im Falle eines Erfolgs diese Kosten in einem bestimmten Zeitrahmen zurückzubezahlen seien. Sie im Forum seien fest davon überzeugt, dass mit einer solchen Regelung die Kosten zu einem grossen Teil aufgefangen werden könnten, so dass grow in Zukunft auf weniger fremde Hilfe angewiesen sein werde. Dies sei sicher auch im Interesse des grow. Im Sinne des Steuerzahlers seien sie vom Forum ebenfalls der Meinung, dass der städtische Beitrag auf denjenigen der ZKB, nämlich Fr. 150'000.-- gesenkt werden sollte.

In diesem Sinne sei das BFPW für die Weisung 25 gemäss Bericht und Antrag.

Stadtpräsident Philipp Kutter, möchte sich für die klaren Äusserungen und das Bekenntnis, welches er von allen Seiten zu grow und den anderen Bildungs- und Forschungsinstitute spüre, bedanken. Die Ausführungen von Thomas Koch seien korrekt gewesen, dass die Kommunikation über die Wichtigkeit der Institutionen bestärkt werden müssten. Es sei auch wichtig, dass sich der Rat mit der Frage, was dies für einen Stellenwert erhalten soll, beschäftige. Denn früher oder später würden weitere Vorlagen behandelt, die Anliegen aus diesem Bereich betreffen würden. Daher werde dieses Thema weiterhin aktuell bleiben und er lade den Rat ein, im vorliegenden Geschäftsbericht 2012 der Stadt das neue Kapitel Bildungs- und Forschungsstadt zu lesen.

Man habe es hier tatsächlich mit einem Missverständnis zu tun. Nicht jetzt, aber bei der Weisung 1 vom 2010. Dort sei bei der Sachkommission offensichtlich der Eindruck entstanden, dass dies eine einmalige Sache sei. Was aufgrund einer Äusserung vom Stiftungsratspräsident so verstanden worden sei. Er wisse aus persönlichen Gesprächen, dass diese Aussage damals nicht so gemeint gewesen sei sondern eher als appelatorischen Charakter gedacht gewesen sei. Natürlich wolle grow möglichst unabhängig sein, aber bis heute gebe es in der Schweiz kein Gründerzentrum, das ohne Drittmittel auskomme. Dies sei auch bei grow der Fall, neu habe man noch die ZKB ins Boot holen können, somit könne die Stadt ihren Beitrag reduzieren. Es sei sicher im Sinne der Stiftung, die Basis zu verbreitern.

Der Vertrag mit der ZKB sei von den Vorrednern angesprochen worden. Er möchte dazu sagen, dass im Vertrag nicht explizit stehe, dass sich die ZKB zurückziehe, wenn der Gemeinderat nein sage. Aber die Bank erwarte von den beteiligten Partnern, die heute mit grow verbunden seien, auch weiterhin eine Zusammenarbeit. Man könne davon schon ableiten, dass die Bank davon ausgehe, dass die Standortgemeinde auch in irgendeiner Form mitwirke. Gleich funktioniere dies auch bei staatlichen Beiträgen, trage die Stadt oder Gemeinde etwas dazu bei, löse dies manchmal im Kanton etwas aus, wie zum Beispiel beim Theater Ticino. Man könne diesen Mechanismus kritisieren, es sei aber sehr realistisch, dass man sich als Standortgemeinde in irgendeiner Form dazu bekennen müsse, wenn von einer anderen Seite Geld einflüsse.

Grow möchte die Auflagen, welche die Sachkommission gemacht habe, umsetzen. So wie es für die Grösse vom Betrieb angemessen sei, werde man versuchen, handliche Lösungen zu finden.

Gemäss Sachkommission soll sich der Stadtrat überlegen, ihren Delegierten im Rotationsystem zu wechseln. Das nehme er so entgegen und man werde bei der nächsten Legislaturperiode darüber bestimmen, welcher Stadtrat dafür delegiert werde. Grundsätzlich sei es so, dass der Stadtrat eine gewisse Kontinuität in den verschiedenen Gremien sicherstellen wolle. Vielleicht sei ein falscher Eindruck entstanden, aber er vertrete im Stiftungsrat von grow immer die Position der Stadt und auch gegenüber dem Rat.

Er bitte den Rat grow zuzustimmen, damit man mit grow ein positives Zeichen für die Bildungs- und Forschungsstadt Wädenswil setzen könne.

Nach **Marc Lütolf, CVP**, ist die CVP-Fraktion für die Weisung 25 und stimmt dem Minderheitsantrag zu.

Die Gründe dafür seien ganz allgemein ein Beitrag zur Wirtschaftsförderung, wie auch als Beitrag zur Schaffung und Stärkung der Bildungsstadt Wädenswil. Man habe es bereits gehört, Wädenswil stehe im Standortwettbewerb, die ZHAW sei ein grosser Arbeitgeber, und grow schaffe für die ZHAW "Praxisplätze" für ihre Abgänger mit Fokus auf die Bereiche Biotech und Life Sciences.

Den Beitrag knüpfen sie aber auch an Forderungen an die Stadt und grow, wie bessere Transparenz, das heisst detaillierte Jahres- und Tätigkeitsberichte inkl. Finanzübersicht, klare Kriterien für Vergabe der Unterstützung, Schaffung von Anreizen und Verpflichtungen zum Verbleib von Jungunternehmen in Wädenswil. Man habe zwar Arbeitsplätze in grow, aber aus grow seien noch keine Arbeitsplätze entstanden.

Wenn man das nächste Mal über einen Kredit für grow debattiere, hätten sie gerne einige in Wädenswil ansässige Jungunternehmen, die aus grow hervorgegangen seien.

Sandy Bossert, SVP, führt aus, dass sie grundsätzlich gegen die Unterstützung von grow aus der öffentlichen Hand sei. Unter dem Deckmantel der Bildungsstadt werde einseitig Wirtschaftsförderung betrieben. Der Betrag werde hauptsächlich für eine Person benötigt, die nur 30% arbeite. Rechne man den Lohn auf ein 100%-Pensum aus, würden jedem Bürger die Haare zu Berge stehen. Vor allem sei es mit den Fr. 150'000.-- oder Fr. 180'000.-- nicht erledigt, in drei oder vier Jahren werde mit grosser Wahrscheinlichkeit eine weitere Weisung vorliegen, in welcher es um weiter Kreditbegehren gehe.

Dass etwas von den grow-Firmen retour in die Stadtkasse fliesse, sei bis anhin nicht gross der Fall gewesen. Ihres Erachtens seien nicht alle Personen als selbständige Unternehmer geboren. Diejenigen, die fähig seien ein Geschäft zu führen, ein gesundes Risikobewusstsein und dazu eine gute Idee hätten, seien auch fähig selber Startkapital aufzutreiben und wie auch alle anderen Geschäfte den regulären Weg zu gehen. Sonst sei es denn besser, dass sich solche Personen anstellen liessen als künstlich etwas erzwingen zu wollen.

Nach **Albert A. Stahel, SVP**, ist genug darauf hingewiesen worden, dass grow ein Teil des ZHAW-Standorts Wädenswil sei. Er würde sich selber verleugnen, wenn er diesen Fr. 180'000.-- nicht zustimmen würde.

Seine Erfahrungen im Nationalfonds zeigten, dass klare Richtlinien geschaffen werden müssten. Charlotte Baer habe vorhin das schöne Wort "Konzeption" gebraucht. Dazu gehöre aber auch ein Stiftungsreglement, in welchem klar festgelegt werden müsse, wie man solche Finanzierungen betreue und unter welchen Bedingungen die Starthilfe zurück bezahlt werden müssten. Er frage sich auch direkt, ob man nicht den Standort wechseln sollte, um noch mehr Platz zu schaffen.

Er finde ebenfalls, ohne jemandem nahe treten zu wollen, dass man die Vertretung vom Stadtrat im Stiftungsrat auswechseln solle. Man solle auch nicht nur die Interessen der Stadt darin vertreten, sondern auch spezifisch betriebswirtschaftliches und juristisches Fachwissen bringen. Um klar zu kontrollieren, wie die Ausgabe der städtischen Gelder laufe.

Christine Merseburger, EVP, meint, dass schon viel zu dieser Weisung gesagt worden sei. Sie möchte als Mitglied der EVP/EDU-Fraktion nur einen Punkt hervorheben. Wädenswil solle nicht nur Bildungsstadt sein, sondern auch Gewerbestadt, wie vom Stadtpräsidenten in der Eintretensdebatte ausgeführt worden sei. Damit dies so bleibe, gerade dazu brauche es grow, die Gründerorganisation Wädenswil.

Die Veränderung in der Wirtschaft bringe es mit sich, dass auch in Wädenswil immer wieder Firmen ihre Pforten schliessen würden. Damit neue Firmen entstehen könnten, Start-ups überhaupt die Möglichkeiten hätten anzufangen, dazu gebe es das grow. Denke man daran, dass jedes Start-up Unternehmen dem lokalen Gewerbe Umsatz bringe. Büros würden eingerichtet, Maler und Elektriker gebraucht, Verpflegung für die Angestellten, Druckersachen und so weiter.

Es sei ja nicht so, dass Firmen nur Geld erhalten. Ihnen werde vor allem Beratung und Infrastruktur zu bezahlbaren Preisen geboten. Damit dies möglich bleibe, brauche es die externe Finanzierung. Um diese gehe es in dieser Weisung. Man könne bei einem Betriebsbeitrag nicht erwarten, dass der "Return on Investment" genau beziffert werden könne, doch es sei unbestritten, dass die Gewerbestadt Wädenswil die Impulse der Start-ups brauche, sonst werde aus der lebendigen Bildungsstadt eine langweilige Schlafstadt ohne lokales Gewerbe.

Daher unterstütze die EVP/EDU die Weisung und stimme für Antrag B, das heisse, keine Kürzungen des Betriebsbeitrags. Unterstützt werde dabei die Forderung nach Transparenz.

Ivo Peyer, BFPW, ist aufgefallen, dass bei all diesen Voten zwei Fraktionen für den Mehrheitsantrag, alle anderen für den Minderheitsantrag sind. Er frage sich nun, wie die Sachkommission zu ihren Anträgen gekommen sei? Das gehe nicht auf. Welche Fraktion habe sich denn um entschieden?

Daniel Tanner, SP, möchte die Frage von Ivo Peyer beantworten. Die SP habe sich nun doch für den Minderheitsantrag entschieden und das nur, weil der Auftritt von Urs Hilber sehr überzeugend gewesen sei.

Abstimmung Gegenüberstellung Mehrheitsantrag – Minderheitsantrag (mit Stimmenzähler):

Der Rat stimmt mit 20:12 Stimmen für den Minderheitsantrag die Stiftung grow mit Fr. 180'000.-- zu unterstützen.

Schlussabstimmung (mit Stimmenzähler):

Der Rat stimmt der Weisung 25 grossmehrheitlich zu.

28.03.31

3. Weisung 28, vom 19. November 2012, betreffend Ersatz- und Neubau Oberstufenschulhaus Rotweg

Eintretensdebatte:

Präsidentin der GRPK Christina Zurfluh Fraefel, deutet darauf hin, dass das Leitbild von Wädenswil "Bildungs- und Forschungsstadt" heisse. Das Projekt der Weisung 28 betreffe in diesem Fall den Punkt Bildungsstadt.

Eine grundsätzliche Strategie, wie man dorthin gelangen möchte, werde in der Weisung nicht speziell erwähnt. Einzig die strategische Ausrichtung werde erwähnt, nämlich dass sich Schulbauten in städtischem Eigentum befinden sollen. Eine weitere Strategie sei sicher auch die Bereitstellung der notwendigen Infrastrukturen und so beurteile man nun unter anderem die Zweckmässigkeit des Vorhabens.

In Wädenswil werde gebaut, also wachse die Stadt und man habe mehr Einwohner mit Bedürfnissen, wie eben zum Beispiel angemessene Schulräume. Dass dem Rechnung getragen werden müsse, sei auch in ihrer Partei unbestritten und so dürfe sie Zustimmung zum Eintreten und zur Weisung selber bekannt geben.

An dieser Stelle gingen ihr Dank an alle involvierten Personen für die gewissenhafte und fundierte Bearbeitung des Projekts, speziell an ihren Vizepräsidenten, welcher den Lead dabei übernommen habe.

Walter Münch, FDP, erklärt, dass mit der Medienmitteilung vom 20. Juni 2012 der Stadtrat und die Oberstufenschule Wädenswil (OSW) über die Projektstudien zum Neubau des Schulhaus Rotweg informiert habe. Der Projektkredit für den Wettbewerbsieger sei auf knapp Fr. 20 Mio. geschätzt worden. Die dem Gemeinderat unterbreitete Weisung beantrage einen Kredit von Fr. 25.8 Mio. An der Gemeindeversammlung der OSW vom November 2012 sei der Investitionsbetrag von Fr. 25.8 Mio. bereits kommuniziert worden. Gemäss Bericht und Antrag der GRPK werden man heute über einen Kredit von Fr. 26.3 Mio. abstimmen. Und mit dem Risiko der Bauteuerung und möglichen Kostenüberschreitungen müsse im schlimmsten Fall mit einer Investition von gegen Fr. 30 Mio. gerechnet werden.

Eine Investition dieser Grössenordnung sei an der finanziellen Schmerzgrenze für die Stadt Wädenswil und die OSW. Trotzdem fände es die FDP sinnvoll, die Oberstufe im Zentrum zusammenzuführen. So könne auch die Infrastruktur des Schulhauses Fuhr benützt werden und im Schulhaus Untermosen würden dringend benötigte Räume für die Primarschule frei.

Die FDP-Fraktion sei für Eintreten auf diese Weisung. Er werde dann in der Detaildebatte noch den einen oder anderen Punkt der Weisung ansprechen. Seitens der FDP hoffen sie auf ein klares Votum im Gemeinderat für dieses Projekt. Dies als Zeichen an die Bevölkerung für die kommende Volksabstimmung.

Beat Wiederkehr, CVP, führt aus, dass wenn in einer Gemeinde ein neues Schulhaus gebaut werde, man oft positive Voten höre, wie zum Beispiel „wir wollen nachhaltig in die Bildung investieren“ oder „wir wollen die Zukunft unserer Kinder sichern“ oder „ein ausgezeichneter Unterricht für unsere Jugendlichen ist ein zentraler Erfolgsfaktor für unsere Volkswirtschaft“. Solche emotionalen Aussagen seien sicher zutreffend. Diese Argumente sollten und müssten auch Gewicht haben, wenn man heute Abend über den Ersatz- und Neubau vom Oberstufenschulhaus Rotweg berate. Und diese Gründe sollten auch zählen, wenn man sich schliesslich für oder gegen diesen Verpflichtungskredit ausspreche.

Die vorberatende Kommission sei dieses Geschäft allerdings nicht auf der Gefühlsebene angegangen. Die GRPK ticke anders. Emotionslos und sachlich habe man sich sehr kritisch, um nicht zu sagen mit grosser Skepsis, mit der stadträtlichen Weisung auseinandergesetzt, dargelegte Gründe und Vorgehensweisen hinterfragt und die Kostenfrage beurteilt. Die Kommission sei sich bewusst gewesen, dass das Geschäft zeitlich so behandelt werden soll, damit die Vorlage der Urnenabstimmung vom 9. Juni 2013 unterbreitet werden könne. Damit dieses ehrgeizige Ziel erreicht werden könne, habe die Kommission im Januar einen Zeitplan für die weitere Behandlung aufgestellt und gegenüber der Oberstufenschulgemeinde OSW und der Stadt kommuniziert. Gleichzeitig hätten sie dem Projektteam klar gemacht, dass die Kommission nach dem Grundsatz „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ arbeite. Mit anderen Worten: Hätten sie die eingeforderten Unterlagen und Auskünfte nicht rechtzeitig erhalten, würde die Volksabstimmung halt im September stattfinden und das Projekt wäre unter Umständen bis um ein Jahr verzögert worden.

Die Vorlage könne aber rechtzeitig behandelt werden. Dafür danke er im Speziellen den Stadträten Paul Rota, Gräbi Brupbacher und Johannes Zollinger, aber auch den übrigen Vertretern des Projektteams, Kurt Egli und Frido Koch seitens der OSW, Tatjana Horvath und Hansueli Brechbühler von der städtischen Immobilienbewirtschaftung und Peter Hengeler vom Architekturbüro Meletta Strebel. Danke sage er auch seinen GRPK-Kolleginnen und Kollegen, der Sekretärin Karin Pfister und besonders den Mitgliedern der Subkommission, Beatrice Gmür und Ivo Peyer. Man habe die Vorberatungen wegen des Sonderefforts aller Beteiligten und einer Vielzahl an Sitzungen im Zeitplan abschliessen können.

Der schriftliche Bericht und Antrag der GRPK sei mit seinen zehn Seiten sicher sehr ausführlich. Nachträglich betrachtet, hätte er sicher noch da und dort gekürzt werden können, doch glaubten sie, dass die Sachverhaltsdarstellungen und die Beurteilungen helfen würden, die Diskussionen im Rat zu strukturieren und zu vereinfachen.

Man werde heute Abend ausschliesslich über die Auswirkungen der Vorlage auf den Finanzhaushalt der Stadt, der Bauherrin und Grundeigentümerin des Areals Rotweg, befinden. Die finanziellen Auswirkungen auf die Oberstufenschulgemeinde seien anders, vielfältiger auch, und Gegenstand von einer Abstimmungsweisung an die Stimmberechtigten von Wädenswil, Schönenberg und Hütten. Die GRPK habe sich zwischenzeitlich mit dem Kreditantrag der Schulgemeinden auseinandergesetzt und dazu einen separaten Bericht und Antrag verfasst, welcher am 11. April 2013 verabschiedet werde.

Welches sei die vorberatende Funktion der GRPK in diesem Geschäft? Als Rechnungsprüfungskommission beurteilten sie die finanzrechtliche Zulässigkeit, die finanzielle Angemessenheit und die rechnerische Richtigkeit der Kreditvorlage. Und als Geschäftsprüfungskommission gingen sie ergänzend auch auf die Zweckmässigkeit des Vorhabens ein. Im Rahmen der Detailberatung gehe er auf einzelne Themen der Vorlage näher ein. Vorab dürfe er mitteilen, dass die einstimmige GRPK für Eintreten zur Weisung 28 sei.

Nach **Beatrice Gmür, SP**, kann man sich über Ästhetik streiten. Die Diskussion sei bereits am Laufen, ob dies nun ein schönes Schulhaus werde oder nicht. Sie sei daher froh, dass man darüber heute Abend nicht abstimmen müsse. Unbestritten hingegen sei, dass Wädenswil ein neues Schulhaus brauche, nicht weil es so viel mehr Oberstufenschüler in Wädenswil gebe, sondern weil sich die pädagogischen Verhältnisse geändert hätten. Heute lernten die Schülerinnen und Schüler in Lernlandschaften, welche mehr Platz benötigten, es gebe die integrative Förderung sowie die Tages- und Randzeitenbetreuung.

Ein weiterer Vorteil vom neuen Schulhaus sei, dass man dann die Oberstufe an einem Standort konzentrieren könne, was es für die Schüler und die Lehrkräfte sicher effizienter mache. Zudem könne man so die Oberstufe von der Primarschule im Schulhaus Untermosen entflechten, was sicher den kleinen und jungen Primarschülern entgegen kommen werde.

In diesem Sinne sei die SP für Eintreten und Zustimmung zur Weisung.

Adrian Stucki, GP, gibt Eintreten der Grünen Fraktion bekannt.

Stadtrat Finanzen, Paul Rota, führt aus, dass es für ihn auch ein wenig verwirrend sei, die grosse Zustimmung von rechts bis links. Vorab sein Dank an die Beteiligten der GRPK mit Präsidentin Christina Zurfluh und hier auch speziell an dem Vizepräsidenten Beat Wiederkehr, welcher grosse und seriöse Arbeit und Sonderschicht geleistet habe, aber auch denjenigen aus der Kommission, welche noch Sondersitzungen eingeschoben hätten. Dann aber möchte er auch allen, die in den letzten zwei intensiven Jahren mitgedacht, mitentwickelt und mitentschieden hätten danken, ebenso wie der Verwaltung der Oberstufenschule Wädenswil und auch seiner Dienststelle Immobilien, die diese Idee mitgetragen hätten. Nicht zuletzt noch ein Dank an all die Fachleute, Experten und Architekten.

Als Abteilung Finanzen seien sie formell Antragssteller im Namen der Oberstufenschule Wädenswil. Sollten heute Abend, entgegen aller Unkenrufe, noch knifflige, schultechnische Fragen auftauchen, müsste er notfalls einen Anwesenden der Oberstufenschule in den "Zeugenstand" berufen. Er sehe, dass Kurt Egli anwesend sei.

Er sei grundsätzlich wirklich erfreut, dass so wie es den Anschein mache, fast alle der Vorlage in den wesentlichen Punkten zustimmten und man das Geschäft in nützlicher Frist an der Urne zur Abstimmung bringen könne.

Ein paar grundsätzliche Gedanken zum Eintreten:

Das Ringen um Schulraum gehe schon eine Weile zurück. Der Ursprung liege sicher zehn Jahre in der Vergangenheit. Besonders auf dem Areal Untermosen, wo Primar- und Oberstufenschule sich Räume, respektive das Schulhaus teilten, sei es extrem eng geworden. Provisorien seien kurzfristig erstellt worden und müssten teilweise so bald als möglich wieder weichen, da sie nur befristet bewilligt seien. Aber wie man es bereits vorher gehört habe, hätten sich die Schulformen geändert, was nun Auswirkungen auf den Raumbedarf habe. Es sei nicht mehr so wie früher, und auch in den letzten zehn Jahre habe es wesentliche Veränderungen gegeben, welche mehr Platz für die Jugend forderten.

Nach langem Abwägen der Vor- und Nachteile habe sich der Stadtrat vor rund drei Jahren, zusammen mit der Leitung der Oberstufenschule, für den Standort Rotweg entschieden und damit einer Entflechtung der Schule im Untermosen zugestimmt. Es sei bestimmt der richtige Entscheid. Das Projekt löse die Raumnot in beiden Schulen und deren Nebenbetriebe und dies so hoffe er, auf Jahrzehnte. In den letzten zwei Jahren habe sich das Projektteam intensiv mit dem Standort und dem Vorprojekt befasst. Die Vorlage, wie sie heute vorliege, sei mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auf einem sehr guten Stand, besonders was die Kostensicherheit anbelange. Das erfahrene Planungs- und Architektenbüro Meletta Strebel habe sehr grosse Erfahrung mit Schulbauten und bis heute etliche Energie und Vorleistungen in die Sache gesteckt um genügend Sicherheit für die Zahlen zu bieten.

Das Raumangebot sei so ausgelegt, dass auch in den nächsten 30 Jahren ein gewisser Spielraum betreffend der Entwicklung in der Oberstufenschule Wädenswil erhalten bleibe. Das sehe man auch am Schulhaus Glärnisch, welches unsere Vorfahren vor 100 Jahre mit einer grosszügige Anlage gebaut hätten und heute noch genüge. Es soll nicht gleich nach der Erstellung des neuen Gebäudes wieder mit einem Engpass zu rechnen sein.

Gross ins Detail möchte er sich jedoch nicht begeben, da man ja den ausführlichen Bericht der GRPK erhalten habe und zu genüge studieren konnte. Ebenso gebe die Weisung Auskunft über das, wenn nicht Jahrhundertprojekt, so doch in den nächsten 30 Jahren grösste und einmalige Vorhaben der Oberstufenschule Wädenswil und der Stadt in Sachen Schulbauten.

Die Empfehlungen der GRPK nehme die Abteilung Finanzen gerne zur Kenntnis und werde diese auch bestmöglich in die Tat umsetzen, wie ja auch so abgesprochen sei.

Er bitte auf die Weisung einzutreten und auch jetzt schon der Weisung, wie die Mehrheit der GRPK beantrage, zuzustimmen.

Albert A. Stahel, GLP, führt aus, dass aus Sicht der GLP diese Weisung als unbestritten beurteilt werde.

Abstimmung zum Eintreten:

Der Rat stimmt einstimmig für das Eintreten auf die Weisung 28.

Detailberatung:

Beat Wiederkehr, CVP, sagt, dass im Vorfeld der Beratungen seitens der Kommission und den Fraktionen um die hundert Fragen eingegangen seien. Sie hätten die Themen Standortwahl, das gewählte Vorgehen und den Zeitplan, den grundsätzlichen Bedarf und die Nutzung des Schulhauses, den Bau einer Tiefgarage, den ökologischen Aspekt, die Kosten natürlich und abschliessend die Projektumsetzung und -überwachung betroffen. Zu jedem Aspekt finde man den Sachverhalt dargelegt und eine ausführliche Beurteilung durch die Kommission. Sie hätten den Bericht studiert, und er wolle sich nicht wiederholen. Mündlich gehe er deshalb nur kurz auf ausgewählte Punkte näher ein.

Die GRPK komme zum Schluss, dass Bedarf und Nutzen ausgewiesen seien. Sie stellten fest, dass die Infrastruktur sicher grosszügig, aber auch zweckmässig ausgestaltet sei. Sie könne flexibel auf die heutigen und künftigen schulischen Bedürfnisse der OSW ausgerichtet werden. Ein Schulhaus werde für die nächsten 50 Jahre gebaut, und deshalb sei es wichtig, dass man keine kurzfristige Optik einnehme. Man müsse vermeiden, dass unter Umständen teure Sachzwänge geschaffen würden.

Die Kommission sei sich im Grundsatz einig, dass die natürliche Beschaffenheit des Geländes genutzt werden soll, um Autos unter den Boden zu verlegen. Der Bau einer Tiefgarage mache städtebaulich Sinn. Uneinig sei sich die GRPK über die Anzahl Parkplätze, die oberirdisch aufgehoben werden sollen. Dazu liege ein Minderheitsantrag vor, der, so denke er, in der Detailberatung vertieft diskutiert und über den anschliessend entschieden werden könne.

Die ökologischen Aspekte hätten sie ebenfalls intensiv abgeklärt und diskutiert. Sie seien sich in der Kommission einig, dass nach dem Minergie-P-Standard gebaut werden soll. Trotz Betriebskosteneinsparungen seien sie sich bewusst, dass sich diese Zusatzkosten von Fr. 0.8 Mio. rein betriebswirtschaftlich letztlich nicht rechnen würden. Die GRPK fände aber einhellig, dass die Gelder gut investiert seien, um einen nachhaltigen und haushälterischen Umgang mit der Energie zu ermöglichen. Diese Aussage beweise, dass in der GRPK nicht nur neun Excelhirsche sässen, sondern auch Personen mit Weitblick. Weiter habe die GRPK Überlegungen zur Installation einer Photovoltaikanlage angestellt. Die Stellungnahme dazu finde man im Bericht.

Zentral für die GRPK sei die Beurteilung, ob die Kreditsumme verlässlich und richtig ermittelt worden sei. Die Kosteneingabe vom Siegerprojekt und vom Zweitplatzierten für Vorbereitungsarbeiten, Gebäude und Umgebung seien durch ein Büro für Bauökonomie beurteilt und plausibilisiert worden. Neben diesen Informationen habe sich der GRPK-Ausschuss vertieft

davon überzeugt, dass die Kostenbasis verlässlich sei. Obwohl man immer noch von einem Vorprojekt spreche, habe der Detaillierungsgrad der Planungsarbeiten und der Kostenschätzungen positiv überrascht. Im Gegensatz zu anderen Projekten sei die Kreditvorlage nicht auf Basis eines Kostenvoranschlags, sondern auf der Grundlage einer Kostenschätzung mit einer Abweichungsunsicherheit von 15% ausgearbeitet worden. Dieser Umstand habe natürlich Auswirkungen auf die Amortisations- und Zinstranchen zulasten der OSW über die nächsten 33 Jahre. Bei der näheren Beurteilung habe man festgestellt, dass die Bauzinsen nicht in der Kreditvorlage enthalten seien; sie müssten durch die OSW aber ebenfalls verzinst und zurückbezahlt werden. Der Zinsanteil während der knapp zweijährigen Bauphase werde auf rund Fr. 0.5 Mio. geschätzt. Zur Kreditsumme liege ein entsprechender Änderungsantrag vor.

Welches seien nun die Auswirkungen der Kreditsprechung auf den städtischen Finanzhaushalt? Betriebswirtschaftlich betrachtet handelt es sich um eine reine Vorfinanzierung, um ein Darlehen, an die OSW. Die Baukosten seien aber trotzdem wie beantragt in die Investitionsrechnung einzustellen und jährlich degressiv abzuschreiben. Diese Vorgabe führe mindestens bis zur Einführung des harmonisierten Rechnungsmodells HRM2 im Jahr 2015 oder 2016 zu einem sonderbaren Effekt. Die Laufende Rechnung der Stadt werde schon während der Bauphase weiter degressiv abgeschrieben um die Amortisations- und Zinszahlungen erst nach Bauvollendung voraussichtlich im Sommer 2016 einzusetzen. Über die ganze Rückzahlungsdauer von 33 Jahren glichen sich Aufwand und Ertrag jedoch aus.

Was bleibe dann noch bei der Stadt hängen? Der Umzug vom Untermosen in den Rotweg bewirke ab 2016 jährliche Mindereinnahmen von netto Fr. 150'000.--, nämlich der Wegfall der Mieteinnahmen der OSW für Schulräume von Fr. 220'000.-- abzüglich einem geschätzten Mietertrag von Fr. 70'000.--, falls die Kleingruppenschule räumlich ins Untermosen integriert werde.

Während der ganzen Beurteilung und Beratung der Kreditvorlage sei immer wieder die Frage aufgetaucht: "Hat der Stadtrat die Kosten im Griff?" und "Kann er denn das, ein solches Projekt im geplanten Kostenrahmen durchführen?" Wenn sie die Bauabrechnung der Welle anschauten, müsste man dies verneinen. Doch das war ein Unikat und kein konventioneller Schulhausbau. Die Investitionskosten der Frohmatt kenne man noch nicht. Man werde mehr wissen, wenn der Stadtrat die Interpellation der FDP zu diesem Thema beantwortet habe. Man müsse aber fairerweise vermerken, dass die Stadt durchaus ohne nennenswerte Kostenabweichungen planen und bauen könne, z.B. der Stadthausumbau, der auch nicht ganz einfach gewesen sei.

Trotz Abweichungsunsicherheit von 15% erwartet die GRPK eine Punktlandung. Die GRPK habe mit Auflagen die Notbremse ziehen wollen, wenn sich wesentliche Kostenabweichungen abzeichnen würden. Stadtschreiber Heinz Kundert habe aus rechtlichen Gründen aber kein Verständnis für dieses Anliegen gezeigt. Sobald das Volk die Kreditvorlage genehmigt habe, liege die Verantwortung für die Ausführung einzig und allein beim Bauherrn, so seine Erläuterungen an einer gemeinsamen Sitzung. Die GRPK habe diese Sichtweise schliesslich verstanden und akzeptiert. Mit dem Projektteam habe man sich aber darauf geeinigt, dass der GRPK rechtzeitig vor Realisation, also vor Gebäudeabbruch, der detaillierte Kostenvorschlag vorgelegt und erläutert werde. Es müsse dem Stadtrat klar sein, dass ein

Nachtragskredit nicht nur einzuholen sei, wenn Mehrkosten von über 15% entstünden, sondern auch wenn wesentliche Projektänderungen vorgenommen würden. Er sage es bereits jetzt: Für die GRPK sei es inakzeptabel, wenn in drei oder vier Jahren eine Bauabrechnung präsentiert werde, die finanziell und inhaltlich nicht mit dem Beschluss übereinstimme.

Wie ist eine Punktlandung möglich? Die GRPK wolle, dass in der Baukommission auch eine versierte Finanzfachperson Einsitz nehme. Das Projektteam habe ihnen versichert, dass dies der Fall sein werde, und sie würden den Finger darauf halten. Ein permanentes Controlling in technischer und finanzieller Hinsicht müsse selbstverständlich sein. Zweitens müsse die Baukommission Abstriche vornehmen, wenn sich Mehrkosten abzeichneten. Das sei ihnen mehrmals auch so versichert worden. Und drittens sei zu beachten, dass jede zeitliche Verzögerung ganz wesentliche Kostenüberschreitungen zur Folge haben könne. Die GRPK empfehle deshalb, vorzeitig und proaktiv mit der Nachbarschaft das Gespräch zu suchen, um Einsparungen zu vermeiden.

Adrian Stucki, GP, erklärt, dass seine Ausführungen nicht so lange würden – nicht weil er dieses Geschäft nicht als wichtig empfinde – sondern weil er verhindern möchte, dass wie bei anderen Geschäften drei, viermal das Gleiche gesagt werde, oder dass nach fünf Minuten niemand mehr zuhöre.

Zuerst möchte er sich bei den Anwesenden Antragstellern Frido Koch und Kurt Egli bedanken. Die Kommission habe jederzeit das Gefühl gehabt, als Fragesteller sehr ernst genommen zu werden, die Gespräche seien immer konstruktiv gewesen und die Ansprechpersonen hätten sich immer Zeit genommen, da könne sich noch manch anderer Antragsteller eine Scheibe davon abschneiden.

Die Grünen seien selbstverständlich für den Bau des Schulhaus. Er möchte nur auf einzelne Punkte genauer eingehen. Kürzlich habe er im Radio gehört, dass Retro wieder In sei. So genannte Vintage-Läden würden aus dem Boden schießen und tolle Umsätze mit bereits gebrauchten Sachen im Retro-Design machen. Erwachsene würden Secondhand-Kleider tragen und Kinder beschäftigten sich mit Spielsachen aus Oma's-Zeiten. Alles voll im Trend. Der Rat werde sich nun Fragen, wo der Link zur Weisung sei? Der Link sei der, grundsätzlich seien die Grünen für dieses Schulhaus, aber man könne sich schon fragen, warum man alles abreißen und einen Neubau bauen müsse? Diese Überlegungen habe man ihres Erachtens viel zu wenig gemacht. Natürlich sei es für einen Architekten leichter und spannender ein Neubau zu planen anstatt ein Altbau zu sanieren. Aber was sei die Quintessenz einer solchen Entscheidung? Viel höhere Kosten und ein riesiger Haufen graue Energie. Die graue Energie sei, wenn man von Ökologie spreche, immer wichtiger. Ein kleines Beispiel: Die Energie, welche für einen Neubau eines Minergie-Hauses verwendet werde, sei doppelt so hoch wie der spätere Verbrauch. Umso interessanter sei es, bestehende Bausubstanzen weiter zu verwenden. Darum gewinne die graue Energie eines Gebäudes als Aspekt zur Beurteilung von der ökologischen Nachhaltigkeit zunehmend an Bedeutung. Er möchte aber hier nicht zu grün werden, möchte aber noch einmal betonen, dass es hier um Vernunft gehe. Altes soll gebraucht werden, und den Kindern schade es sicher nicht, wenn sie in einem alten Schulhaus lernten. Sie werden weder gescheiter noch dümmer durch das.

Nun komme er zu dem Punkt, der den Grünen nicht gefalle und das sei – wen wundere es – die Parkgarage. Da frage er sich schon, baue man nun ein Schulhaus oder ein Parkhaus. 40 Plätze, ein ganzes Untergeschoss nur für Autos, Velos vors Haus. Aber es scheine Standard zu sein, dass bei Neubauten von Schulhäusern gleich noch eine eigene Parkgarage dazu gebaut werde. Im Glärnisch habe die Parkgarage ein Vermögen gekostet, er wohne dort in der Nähe und die Hälfte der Zeit – er übertreibe nicht – stehe diese Parkgarage leer. Ausser es finde in der Nähe ein Anlass statt, dann werde die Parkgarage benutzt. Sie hätten sich in der Kommission gefragt, ob es möglich wäre nur die Hälfte der Parkplätze zu bauen, die Antwort war nein. Er frage sich nun, wann es denn so sei, dass 40 Lehrer gleichzeitig im Schulhaus seien? Er denke die Stadt wolle die Parkplatzsituation ein bisschen verbessern. Wenn man das schon mache, dann auch wirtschaftlich, was mit Fr. 5.-- am Tag sicher nicht so sei.

Bei der Vorstellung des Projekts in der Kommission hiesse es vom Architekten, dass eine Solaranlage nicht gebaut werde, da es keinen Sinn mache und nie so viel Wasser gebraucht werde, wie eine solche Anlage produziere. Dem gebe er Recht, aber weiter gedacht habe man dann nicht mehr, zum Beispiel an eine Photovoltaikanlage. Dies sei durch die Kommission vorgeschlagen worden und er möchte an dieser Stelle den Mitgliedern danken, dass sie diese Idee so wohlwollend mittragen würden.

Betreffend Minergie-Plus seien sie immer belächelt worden, selbst von den Architekten. Diese seien wohl alle nicht sehr Fan von solchen Labels. Es seien dann auch Aussagen gefallen wie, auch mit Minergie-Plus könne man nicht besser Schule geben, oder die Schüler würden so auch nicht gescheiter. Das möge stimmen, aber der grosse Vorteil des Labels sei, und darum stünden die Grünen auch so dahinter, dass man genaue Vorgaben habe und wisse was zu tun sei. Darum seien sie dafür, dass man nach dem Minergie-P-Standard baue.

So genug gelästert und geschimpft, grundsätzlich sei es ein tolles Projekt, auch die Raumaufteilung gefalle ihnen gut, da sehr modern, und zukunftsgerichtet und daher seien die Grünen für die Weisung und für den Minderheitsantrag, der verlange, dass man oberirdisch so viele Parkplätze aufhebe, wie unterirdisch gebaut würden.

Walter Münch, FDP, findet es erstaunlich, dass für ein Projekt dieser Grössenordnung kein Vorprojekt gemacht wurde. Aber es habe dafür auch gute Gründe gegeben: Für ein Vorprojekt wären Kosten von Fr. 500'000 bis 700'000.-- angefallen. Die Planungsgenauigkeit wäre aber nur von 15% auf 10% reduziert worden. Und diese Aufwendungen wären im Falle einer Abstimmungsniederlage an der Urne „für die Katz“ gewesen.

Die FDP und auch die GRPK hätten grosse Erwartungen an die Baukommission. Sie erwarteten, dass ein Finanzvertreter und die OSW dieses Projekt im eigenen Interesse, sehr kritisch verfolgten. Es wäre für die OSW fatal, wenn die Baukosten nicht eingehalten werden könnten. Dies würde die Rechnung der OWS über Jahrzehnte zusätzlich belasten. Die Kosten für diesen Neubau würden ab dem Jahr 2017 die Rechnung der OSW belasten. Die OSW werde deshalb den Steuerfuss um ca. 1.6 Prozentpunkte erhöhen müssen.

Die FDP fände es richtig, im Zusammenhang mit dem Bau der Einstellhalle die 32 oberirdischen Parkplätze auf dem Rotweg-Areal und entlang der Fuhrstrasse aufzuheben und in die Einstellhalle zu verlegen. Bei dieser Gelegenheit forderten sie die OSW und Primarschule auf, eine einheitliche Regelung der Parkplatzbenützung durch Lehrpersonen und Verwaltungsangestellte festzulegen. Die Benützung der Parkplätze sollte kostenpflichtig sein, um so die Benützung des ÖV zu fördern.

Als Zwängerei beurteilten sie aber den Minderheitsantrag der GRPK, die zusätzlich geschaffenen maximal acht neuen Parkplätze durch Aufhebung anderer oberirdischen Parkplätze auf dem Gebiet der Stadt Wädenswil zu kompensieren. Setze man sich doch lieber dafür ein, dass die neu geschaffene Aula, die Musik- und Werkstatträume aktiv benutzt würden und auch Personen mit Materialtransporten die Möglichkeit hätten, gleich beim Schulhaus zu parkieren. Heute werde von jedem privaten Bauherren verlangt, dass er genügend Parkplätze – auch für Besucher – zur Verfügung stelle. Warum soll dies der OSW verwehrt werden? Die FDP empfehle den diesbezüglichen Minderheitsantrag der GRPK abzulehnen.

Die FDP-Fraktion sei für Zustimmung zur Weisung 28 und wie bereits gesagt, hoffen sie auf ein klares Votum im Gemeinderat für dieses Projekt als Zeichen an die Bevölkerung für die Volksabstimmung.

Christoph Lehmann, SVP, votiert, dass die GRPK und allen voran Beat Wiederkehr mit dem 10-seitigen Bericht und Antrag eine umfassende und wertvolle Arbeit geleistet und in Rekordzeit abgegeben habe. Viele Themen seien besprochen, hinterfragt, nachgefasst und wieder besprochen worden, bis endlich die Schlussfassung festgeschrieben worden sei.

Dass man sich mit dem Neubau eines Schulhauses mit einer Parkgarage detaillierter auseinander setze, sei notwendig und richtig. Immerhin gehe es um fast Fr. 26.3 Mio. aus der Kasse der Steuerzahler. Er verdanke an dieser Stelle die Zusammenarbeit und möchte zwei Zitate in Erinnerung rufen: „Weniger ist mehr“ oder „In der Kürze liegt die Würze“.

Ein anderes Thema: Statistisch betrachtet verfüge jeder zweite Einwohner der Schweiz über ein Auto – tendenz steigend. Fahre das Auto nicht, müsse es regelkonform abgestellt werden, drinnen oder draussen. Es mache Sinn, dass man beim geplanten Neubau einen bestimmten Teil von den Aussenparkplätzen auf dem Areal Schulhaus Rotweg/Fuhrstrasse nach innen verlege. Mache es aber auch Sinn, dass man weitere Parkplätze entlang des Rotwegs und/oder Fuhrstrasse ins Parkhaus lege? Anwohner aus dem mittleren Teil der Fuhrstrasse sagten nein. Er habe in einem Gespräch erfahren, dass es bereits heute dort zu wenige Parkplätze habe. Ein Beispiel: Fuhrstrasse 12, ein denkmalgeschütztes Haus, ohne eigene Parkplätze sei angewiesen, auf öffentliches Parkieren. Anwohner nutzten öffentlich weissmarkierte Plätze nachts und bezahlten dafür eine Nachtparkgebühr. Andere nutzten diese tagsüber. Er mute der Baukommission und der Stadt zu, dass sie den Bedarf, den Nutzen sowie eine einheitliche Gebührenerhebung in der Detailplanung berücksichtigten und das ohne den Minderheitsantrag.

Ivo Peyer, BFPW, erklärt, dass das Forum die Mehrheit der GRPK, dieser Weisung mit dem Änderungsantrag zuzustimmen, einstimmig unterstütze.

Der von der GRPK vorgelegte, sehr ausführliche Bericht und Antrag habe sie vom BFPW überzeugt und er verzichte an dieser Stelle auf weitere Ausführungen. Eine Subkommission der GRPK, bestehend aus Beat Wiederkehr, Beatrice Gmür und ihm habe zudem Einblick in verschiedene Unterlagen der Architekten Meletta Strebel und Peter Hengeler, die ihnen Offerten und Berechnungen und alles gezeigt hätten, was sie bereits gemacht hätten um dieses Kostenprojekt berechnen zu können. Sie vom Forum habe dies überzeugt, dass sie davon ausgingen, dass der Kostenrahmen von Fr. 26'279'00.-- nicht übersteigen werde. Auch die Oberstufenschule Wädenswil, die Einsitz in der Baukommission haben werde, wolle diese Kosten nicht überschreiten, denn sie müsse die Baukosten als Annuität der Stadt Wädenswil zurückbezahlen, beziehungsweise verzinsen. Auf dieser Basis mache es für die nächsten 33 Jahre Fr. 1'135'000.-- aus. Dies sei ein enormer Betrag, welcher mit grösster Wahrscheinlichkeit eine Steuererhöhung bei der Oberstufenschule Wädenswil nach sich ziehen würde.

Dass das Untergeschoss anstelle eines Hohlraums oder nur Lager jetzt als Tiefgarage genutzt werden könne, sei für die BFPW eine Win-Win-Situation. Es sei zudem positiv, dass auch diverse oberirdische Parkplätze an der Fuhrstrasse im Gegenzug verschwänden. Auch sie seien der Meinung, dass diese Parkplätze kostenpflichtig sein müssten. Sie seien vom Konzept des Grundrisses und der Aufteilung des Gebäudes überzeugt und seien sich sicher, dass das Projektteam die richtige Entscheidung getroffen habe und so Wädenswil ein schönes, gutes und konzeptionelles Schulhaus erhalte.

Beatrice Gmür, SP, erklärt, dass man nicht jeden Tag ein Schulhaus baue und Fr. 26 Mio. seien ein happiger Brocken. Darum habe sie sich am Anfang der Beratung die Frage gestellt, wie man diesen Betrag mit gutem Gewissen dem Rat vorlegen und mitteilen könne, dass dies ein vernünftiger Betrag sei. Von der GRPK sei niemand vom Baufach, aber die Zusammenarbeit mit dem Architektenteam habe wirklich überzeugen können, dass der Betrag sehr fundiert zu Stande gekommen sei. Nehme man aber so viel Geld in die Hand, müsse man auch etwas Gescheites daraus machen. Gescheit heisse bei einem Schulhaus Flexibilität. Heute seien die Lernlandschaften der letzte Schrei, in 15 Jahren wohl aber nicht mehr. Ein Schulhaus müsse so konzipiert sein, dass es den veränderten Bedürfnissen immer wieder gerecht werden könne. Auch davon sei die GRPK überzeugt, dass das ausgearbeitete Projekt diesen Anforderungen entspreche.

Natürlich möchte sie auch noch etwas zur Tiefgarage sagen. Sie hätten akzeptieren können, dass eine Parkgarage benötigt werde, da dargelegt worden sei, dass es aus den geologischen Gegebenheiten ein Geschoss unter dem Schulhaus brauche. Habe man also dort freien Platz, gehe es für die SP in Ordnung, sie sähen jedoch aber nicht ein, dass man zusätzliche Parkplätze schaffen müsse. Erstelle man dort 40 neue Parkplätze, dann könne man auch 40 oberirdische Parkplätze verschwinden lassen. Und auch die Anwohner profitierten davon, wenn sie ihr Auto in die Garage stellen könnten anstatt auf öffentlichen Grund. Zudem sei es auch aus städtebaulicher Sicht schöner, die Autos unterirdisch zu parkieren.

Ein Schulhaus sei aus verschiedenen Gründen auch ein Vorzeigebau, und kommuniziere die Stadt bei eigenen Bauten gegen aussen, dass man ökologisch vorgehen wolle, sei dies ein gutes Signal. Zudem habe es auch eine Vorbildfunktion für die Schüler, wenn ihr Schulhaus Strom produziere. Darum sei es ihnen wichtig, dass die Architekten dem zugesichert hätten, dass alle Vorkehrungen während des Baus getroffen werden, so dass man danach die Photovoltaikanlage projektieren und ohne Mehrkosten installieren könne. Die SP werde ein Auge darauf haben, dass dies nach Bauvollendung denn auch tatsächlich geprüft werde.

In diesem Sinne seien sie für Zustimmung zur Weisung 28 mit den Änderungsanträgen und Zustimmung für den Minderheitsantrag.

Berti Stocker, EDU, führt aus, dass ein Schulhaus planen und bauen wirklich nicht eine alltägliche Angelegenheit sei und sehr wohl und gut überlegt sein müsse. Es führten viele Überlegungen dahin um dieses Projekt anzupacken. Für die veränderten Unterrichtsformen, benötige es entsprechende Unterrichtsräume. Der kurze Einblick in die Mediothek vom Schulhaus Fuhr habe sie sehr beeindruckt. Aber auch das Bedürfnis für die entsprechenden Strukturen seien diesem Wandel unterworfen.

Letztlich gehe es aber nicht nur um die entsprechenden Unterrichtsräume, sondern auch darum, dass die OSW zentral und an einem Standort geführt werden könne und somit bessere Stunden - und Einsatzpläne für Schüler und Lehrer möglich würden. Ein weiterer wichtiger Punkt sei, dass die jetzigen Unterrichtsräume im Untermosen frei würden für die Primarschule, die ebenfalls an Raum-Mangel leide und den Platz Untermosen dementsprechend genutzt werden könne.

Die Kosten wie sie vorlägen seien wirklich enorm hoch, obwohl letztlich kein Luxusbau entstehe, aber mit der nötigen, weitsichtigen und dem Zweck dienenden Infrastruktur. Betreffend den Finanzen sei zu hoffen und zu wünschen, dass der Schulhausbau nicht eine finanzielle Leidensgeschichte werde. Sie sei sicher und traue es den Verantwortlichen der Bauherrschaft zu, dass sie darauf achten würden, die Finanzen im Griff zu behalten.

In diesem Sinn unterstütze die EVP/EDU – Fraktion den Kredit von Fr. 26.3 Mio. für den Ersatz- und Neubau vom Schulhaus Rotweg.

Zum Thema Tiefgarage:

Genauso wie der Schulunterricht sich verändert habe, hätten sich auch die Wohnsituationen der Lehrpersonen verändert. Die Schulhaus-Wohnung sei schon längst Vergangenheit ebenso die Wohnpflicht im Dorf. Auch die vielen Teilpensen führten zu veränderten Anfahrtsituationen. Zudem seien viele Lehrer schon sehr früh im Schulhaus anzutreffen. Das heisse, dass es nicht für alle möglich sei mit ÖV anzureisen. So mache es ihrer Meinung nach Sinn, dass am Arbeitsplatz auch die entsprechenden Parkplätze angeboten werden könnten. Das Parkplatz-Angebot in dieser Gegend sei schon heute knapp und unbefriedigend. Darum sei es kein Luxus genügend Parkplätze zu erstellen.

Somit könne die EVP/EDU-Fraktion den Minderheitsantrag der GRPK, dass so viele oberirdische Parkplätze aufgehoben würden wie in der Tiefgarage erstellt würden, nicht unterstützen.

Stadtrat Finanzen Paul Rota, führt aus, dass die Vorredner diverse Punkte angesprochen hatten, die er gerne korrigieren oder richtig stellen wolle.

Was die bestehende Substanz belange, sei die Stadt als Eigentümerin besonders geplatzt. Man habe ein Projekt gehabt, welches mit der bestehenden Substanz habe arbeiten wollen, aber letztendlich habe dieses Projekt aus Vernunftsgründen keine Alternative dargestellt. Letztendlich wäre die Kostenunsicherheit bei einem solchen Projekt so gross gewesen, dass dieses Projekt in dem Fall keine Alternative gewesen sei. Der Stadtrat überprüfe dies immer zuerst, dies sei wichtig und gehöre zur Verantwortung.

Über Photovoltaikanlagen habe sich bereits die Projektgruppe Gedanken gemacht, ob bereits während des Baus Vorkehrungen gemacht werden sollten, sei aber der Meinung gewesen, dies nicht zu durchmischen. Dies habe gewisse formelle und bewilligungstechnische Gründe, und daher habe man dies nicht mitgepackt. Die Vorbereitungen dafür seien aber vorgesehen gewesen. Sie nähme aber all die Argumente der GRPK nicht nur zur Kenntnis, sondern sie nähme diese auch ernst und werde diese in die Tat umsetzen. Für die Projektgruppe hätten die Kosten erste Priorität. Es sei also sicher erste Priorität und es gebe genügend Beispiele in der Vergangenheit, wo man das habe einhalten können und seriös gearbeitet worden sei.

Nun komme er noch zum Thema Tiefgarage. Er hoffe, dass der Rat dem Antrag des Stadtrats zustimmen werde. Wenn schon Autos, dann allgemein und speziell in diesem Zentrumsgebiet unter dem Boden. In diesen Bereichen habe man nicht mehr viele Aussenräume, die genutzt werden könnten und besonders bei einer Schule müsse man das bieten können.

Der zweite Grund seien die geografischen Gegebenheiten und dass die Garage für den Betrachter gar nicht sichtbar sei. Das Gebäude sehe mit der Parkgarage im Wesentlichen genau gleich aus, wie ohne Garage. Die Zusatzkosten seien daher optimal für die 40 Garagenplätze. Die Anzahl der Parkplätze sei rein zufällig, weil der Grundriss dieses Gebäudes so gross sei. Es sei mehr ein Zusatzprodukt zu diesem Projekt und zu einem guten Preis zu haben. Es gäbe sicher andere Parkgaragen, wofür man bestimmt das Doppelte zahlen müsse. Parkplätze im Allgemeinen habe es zu wenig und daher empfinde er auch das akribische Aufwiegen der neu geschaffenen mit den Aufzuhebenden eher als kleinlich. Man müsse aufpassen, dass man sich nicht selber ein Bein stelle. Die Nachbarschaft werde froh sein darüber, wenn man die Aussenparkplätze so weit wie möglich beibehalten könne. Er finde es auch nicht sinnvoll, jetzt einzelne Parkplätze aufzuheben.

Er bitte im Namen der Oberstufenschule Wädenswil, des Stadtrats und letztendlich auch der Primarschule Wädenswil, der Weisung inklusive der Erhöhung um die Baufinanzierung im Umfang von Fr. 0.5 Mio. gemäss der GRPK-Mehrheit zuzustimmen.

Hanspeter Andreoli, BFPW, möchte ganz kurz drei Sätze zitieren. Erster Satz: „Der Kostenvoranschlag basierte auf einer Kostenschätzung. Gemäss den Normen der SIA haben Kostenschätzungen eine Genauigkeit von +/- 25%. Zweiter Satz: „Der Kostenvoranschlag in dieser Höhe basierte auf einer Kostenschätzung. Diese haben gemäss SIA-Normen eine Kostengenauigkeit von +/- 25%.“ Und der dritte Satz: „Abweichungsunsicherheit von +/- 15% behaftet die Kostenschätzung.“

Die ersten zwei Sätze betreffen die Welle am Bahnhof – einer aus der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage von Tobias Mani von der EVP und der andere aus der Medienmitteilung der Stadt. Der dritte Satz sei aus der Weisung 28.

Er möchte den Stadtrat in Zukunft bitten, wenn er sich schon auf die SIA-Normen berufe, diese auch so zur Anwendung zu bringen. Es sei ganz klar geregelt, was um wie viel Prozent der Abweichung eine Kostenschätzung oder ein Kostenvoranschlag bedeute. Sie möchten einfach nicht in acht oder zehn Jahren bei der Schlussabstimmung dieses Projekts eine Überschreitung von 25% erleben.

Adrian Stucki; GP, möchte noch etwas zu Paul Rotas Kommentar betreffend „kleinlich“ sagen. Man mache aus 8 32 Parkplätze, was eine Vermehrung von 25%. Er möchte dann wissen, wie der Rat reagiere, wenn der Kostenüberschuss 25% mehr betrage und ob man dann auch noch von kleinlich sprechen könne.

Abstimmung über den Zusatzantrag einer Minderheit der GRPK (Anzahl Parkplätze) (mit Stimmenzähler):

Der Zusatzantrag einer Minderheit der GRPK wird mit 22:11 Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung (obligatorisches Referendum) (mit Stimmenzähler):

Der Rat stimmt mit 33:0 Stimmen der Weisung 28 mit einer Änderung wie folgt zu:

Für den Ersatz- und Neubau des Schulhauses Rotweg für die Oberstufenschule wird zu Lasten des Verwaltungsvermögens ein Kredit von Fr. 26'279'000 (inkl. 8% MwSt.) bewilligt auf der Basis einer Kostenschätzung mit einer Abweichungsunsicherheit von +/- 15% (ohne Bauteuerung).

06.03.01

15. Einbürgerungen:

GÖKCEN Yasemin Mina, geb. 21. Februar 1995 in Istanbul (Türkei), ledig, amerikanische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Rotweg 6

Einbürgerungsgebühr
Referent im Gemeinderat

Fr. 750
Marc Lütolf

Gemeinderatspräsidentin Astrid Furrer fügt hinzu, dass ihr soeben das Wädenswiler Bürgerrecht erteilt worden sei, vorbehältlich der Genehmigung durch den Bund und den Kanton. Sie bitte sie, dass sie von den Rechten Gebrauch mache und sich am Wädenswiler Stadtleben beteilige.

**** 10 Minuten Pause****

28.03.10

5. Postulat der FDP-Fraktion, vom 30. Januar 2013, betreffend Strandbad Rietliau; Begründung

Christian Nufer, FDP, begründet, dass Wädenswil neben vielen frei zugänglichen Badegelegenheiten am See zwei wunderbare Badeanstalten habe, welche durch die Stadt bewirtschaftet würden. Diese Badegelegenheiten würden durch viele Wädenswilerinnen und Wädenswiler gerne und oft genutzt. Zum einen sei das die "Brättlibadi", wo man sich nach einem heissen Sommertag am Abend gerne mal kurz abkühlen könne. Zum anderen sei es das Strandbad Rietliau, wo auch Familien mit Kindern gerne einen sonnigen Nachmittag verbrächten.

Genau dieses Strandbad Rietliau habe in den letzten Monaten immer wieder zu reden gegeben. Einerseits seien das eine erwähnenswerte Anzahl an Leserbriefe aus der Bevölkerung, welche die letzten Jahre zu lesen gewesen seien. Andererseits sei auch auf politischer Ebene der Stadtrat immer wieder darauf hingewiesen worden, dass im Strandbad Rietliau Verbesserungspotential vorhanden sei. Neben einem Postulat von CVP, EVP, BDP und Grüne zu längeren Öffnungszeiten 2011, sei es das letzte Mal die GLP gewesen, welche letzten September mit einer Schriftlichen Anfrage bezüglich dem Betrieb des Strandbads Fragen gestellt habe. Und dass das Thema schliesslich auch an der Schnitzelbank der Fasnacht Wädenswil aufgegriffen worden sei, zeige doch, dass das Thema die Öffentlichkeit bewege.

Bei allen Stellungnahmen des Stadtrats heisse es meistens: „Unseren Gästen gefällt es“. Es beschwinge einen das Gefühl, dass das Problem nicht ernst genommen werde. Scheinbar gefalle es aber nicht jedem Gast. Wenn nämlich jemand, wie am 7. November 2012, im Leserbrief schreibe, dass er aus lauter Unzufriedenheit nun halt nach Oberrieden ins Strandbad gehe, stimme doch definitiv etwas nicht.

Der Stadtrat mache sich dies recht einfach, indem er die Indikatoren und Standards einfach herabsetze, wenn es ihm zuvor nicht gelungen sei, die gesteckten Ziele zu erreichen. So also auch im Falle der Badeanlagen, welche im 2011 mit rund 43% die Zielvorgabe von mindestens 54% Kostendeckungsgrad nicht erreicht habe. Was mache der Stadtrat in dieser Situation? Er senke den Kostendeckungsgrad einfach auf mindestens 40%, und entledige sich mit diesem Vorgehen jener Arbeit, sich Gedanken über allfällige Optimierungen und Verbesserungen zu machen, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Auch ein Kostendeckungsgrad sei ein Indiz für die Zufriedenheit der Besucher.

Aus diesem Grund werde der Stadtrat eingeladen, zu prüfen, wie er das Strandbad attraktiver gestalten könne. Wenn der Stadtrat die Kritik aus der Bevölkerung wirklich ernst nehme, so wie es in einer ersten Stellungnahme in der ZSZ vom 6. Februar 2013 auf das FDP-Postulat zu lesen gewesen sei, könne dies aus Sicht der FDP nicht mit einer einfachen Umfrage unter den Gästen erledigt sein, wie es der Stadtrat im besagten Artikel ebenfalls erwähne. Im gleichen Artikel meine der Stadtrat ebenfalls, dass bei 50'000 Eintritten nur eine Handvoll Beschwerden eintreffe würden. Jeder vom Rat wisse selber, wie lange man etwas erdulde, bevor man sich beschwere, oder einfach nicht mehr hingehe. Man sollte bei der Umfrage daher vielleicht versuchen, jene zu erreichen, die aus bestimmten Gründen das Strandbad Rietliau meideten, und jene, welche Verbesserungsvorschläge hätten. Sie wünschten sich eine seriöse Analyse der Situation.

Bei den Beschwerden betreffe es unter anderem die Öffnungszeiten. Bei einem Leserbriefschreiber ging es damals weniger um "Länger offen", so wie das der Stadtrat im besagten ZSZ-Artikel meine, als mehr um "unverständlicherweise bei Sonnenschein geschlossen". Ebenso sollte bei der Analyse der Restaurationsbetrieb ein Thema sein. Ein Vergleich mit Badeanstalten in umliegenden Gemeinden, z.B. Richterswil, Horgen und Oberrieden, wäre dabei sicher lohnenswert. Wie man auch in der Zürichsee-Zeitung vom 5. April 2013 habe lesen können, sei das Restaurant des Parkbads Horgen seit anfangs April für Fussgänger offen.

Eine Mithilfe der Hochschule Wädenswil könnte hierbei allenfalls auch in Betracht gezogen werden. Mit etwas weniger Zurückhaltung, mit etwas gutem Willen und einer Handvoll Ideen, liessen sich im Strandbad Rietliau sicher auch ohne grossen finanziellen Aufwand spürbare Verbesserungen erzielen. Sicherlich würden mit einer aktiven Kommunikation und speditiven Umsetzung durch den Stadtrat die Bürger von Wädenswil in den kommenden Badesaisons die Verbesserungen dankend annehmen.

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Thomas Largiadèr, sagt, dass der Stadtrat bereit sei, den Vorstoss "Nummer 257" zum Thema Strandbad entgegen zu nehmen.

Adrian Stocker, SVP, stellt Antrag auf Diskussion.

Abstimmung über Diskussion:

Der Rat stimmt grossmehrheitlich dafür.

Adrian Stocker, SVP, sagt, dass sie von der SVP dem Postulat eher kritisch entgegenstehen würden. Sie seien nicht der Meinung, dass im Strandbad mit verschiedenen baulichen Massnahmen – wie zum Beispiel Wasserrutschbahnen oder einem Neubau eines grösseren und besseren Restaurants – eine Aufwertung passiere. Auch das Restaurant solle nicht ausgebaut oder modernisiert werden, denn ein besserer Kiosk mit einem Schnellimbiss reiche. Dort könne man Pommes, Hot-Dogs oder Stängeliglace anbieten – alles das, was man in der Badi brauche.

Auf keinen Fall wollten sie ein Gourmet-Restaurant im Strandbad. Wer gediegen am See essen wolle in Wädenswil, der habe ein paar Gelegenheiten. Und die vielen Restaurants am See wollten sie nicht mit dem Strandbad-Restaurant konkurrenzieren.

Wichtig sei ihnen aber auch – wie die Postulanten fordern – dass das bestehende Restaurant gut geführt werde, das Personal motiviert sei und Kundenfreundlichkeit gross geschrieben werde. Dazu gehörten aber auch die flexibleren Öffnungszeiten und eine tadellose Sauberkeit.

Der Rat stimmt der Überweisung vom Postulat der FDP-Fraktion, vom 30. Januar 2013, betreffend Strandbad Rietliu grossmehrheitlich zu.

36.00

6. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 14. Oktober 2012, überwiesen am 26. November 2012, betreffend Velotransporte im ZVV-Bus; Beantwortung

Stadtrat Werke Ernst Brupbacher, hofft im Namen des Stadtrats, dass die Beantwortung der Interpellation zum Thema Velotransporte im ZVV-Bus für den Interpellationsverfasser auf dem entsprechend hohen Niveau abgefasst worden sei. Immerhin habe diese Interpellation umfangreiche Abklärungen beim Zürcher Verkehrsverbund und den marktverantwortlichen Unternehmen SZU sowie bei der AHW Busbetriebe AG in Horgen, bei der Postauto AG wie auch in der Verkehrskommission Wädenswil ausgelöst.

Zwei Antworten begännen zwar mit einem Nein, zeigten aber trotzdem auf, was im ZVV Gültigkeit habe und wo welche Velo-Transportmöglichkeiten, wenn auch mit zeitlicher Einschränkungen, bestünden. Zu der vorgelegten Beantwortung der Interpellation habe er keine zusätzlichen Ergänzungen anzufügen, da die Beantwortung umfassend, klar und unmissverständlich sei.

Albert A. Stahel, GLP, erklärt, dass er die teilweise ablehnende Antwort des Stadtrats auf seinen Vorstoss erwartet habe und er deshalb nicht einmal enttäuscht sei. Vermutlich habe er diese Interpellation für Wädenswil zehn Jahre zu früh eingereicht. In Winterthur hätte man diesen Vorstoss wohlwollend aufgenommen. Trotzdem hätte er gedacht, dass in Wädenswil das schöne Sprichwort „gouverne c'est prévoir“ gelte.

Die Bewältigung der Umweltbelastung dürfte in zunehmendem Masse durch Sparen beim Treibstoffverbrauch und damit beim sinnvollen Einsatz von umweltschonenden Fahrzeugen, wie zum Beispiel das Velo, bestimmt sein. Hoffe man also auf die Weitsicht zukünftiger politischer Generationen, die diese Herausforderung und damit den gezielten Einsatz von Velos meistern werden. Hoffe man auch, dass es dann auch nicht zu spät sein werde und die Nachkommen in unserem schönen Land nicht mit der gleichen Dreckluft wie die Menschen in Beijing geplagt sein würden.

Die Interpellation betreffend Velotransporte im ZVV-Bus gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

10.05

7. Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 5. Oktober 2012, überwiesen am 5. November 2012, betreffend Konzept für Anträge um Unterstützung durch die Stadt; Beantwortung

Stadtpräsident Philipp Kutter, berichtet, dass man Fragen gestellt habe, wie die Stadt mit Anträgen von Vereinen reagiere. Der Rat habe die Beantwortung erhalten und als Beilage dazu die Übersicht der Kriterien und Checkliste wie diese Gesuche behandelt werden.

Grundsätzlich gehe die Stadt davon aus, dass die Vereine ihre Aktivitäten selber bestreiten würden. Es gebe aber natürlich Situationen, wo ein Verein ohne externe Unterstützung nicht mehr voran komme und einer von vielen Wegen sei dann ein Unterstützungsgesuch bei der Stadt einzureichen. Die Gesuche würden anhand der Kriterien und der Checkliste bearbeitet. Dies seien übrigens Kriterien, welche bereits seit ein paar Jahren feststünden. Viele vom Rat mögten sich sicher noch an die Zeit von Bruno Ern erinnern, und auf ihn gingen diese Kriterien zurück, im Jahr 2003 seien sie das letzte Mal angepasst worden.

Man habe also eine langjährige Praxis und sie bewähre sich. Man unterstütze Vereine dann, wenn sie ein Projekt selber nicht finanzieren könnten, und die nötigen Kriterien erfüllten, erwarte aber immer einen Anteil von Eigenleistungen. Man unterstütze also die Aktiven, die Engagierten, nur die hohle Hand zu machen genüge nicht.

Natürlich laufe dies nicht schematisch ab, die Kriterien gälten als Anhaltspunkte, und das Bild werde durch persönliche Gespräche vervollständigt. Er möchte darauf hinweisen, dass längstens nicht jedes Gesuch genehmigt werde, etwa die Hälfte davon werde abgelehnt. Bei positiver Antwort werde der Betrag in den meisten Fällen noch etwas reduziert. Dies so viel zum Umgang mit konkreten Gesuchen.

Nun sei es aber so, dass die Unterstützung dieser Vereine darüber hinausgehe. Wädenswil habe noch gewisse andere Elemente, welche die Vereinsförderung in Wädenswil auch auszeichne. Als erstes sei zu nennen, dass die Stadt Infrastrukturen vergünstigt zur Verfügung stelle zum Beispiel Turnhallen oder Fussballplätze. Das nächste Element sei die Unterstützung für alle Vereine, welche Jugendförderung betrieben über den Kredit, welcher die IWS betreue und auch verwalte und der Rat erst kürzlich erhöht habe. Dann gebe es auch noch die Möglichkeit etwas zu verdienen, wie bei der Altpapiersammlung. Vereine mit Jugendförderung würden in diesem Falle bevorzugt. Mit diesen drei Elementen, Gesuchen, den vergünstigten Infrastrukturen und der finanziellen Unterstützung der Jugendförderung fahre man sehr gut und das Resultat davon sei ein lebendiges und vielfältiges Vereinsleben.

Die Rolle der Stadt sei vor allem diese, dass man einem Verein etwas ermöglichen könne, wenn er selber dazu nicht mehr in der Lage sei. Resultat von all diesen Faktoren – und er hoffe da könne ihm den Rat zustimmen – sei ein sehr lebendiges Vereinsleben in Wädens-

wil. Vereine seien wichtige Stützpfeiler einer Gesellschaft und vom sozialen Leben, und allen Dorf- und Stadtanlässen.

Er sei davon überzeugt, dass die Stadt weiterhin die Vereine unterstützen sollte. Da vieles ehrenamtlich geleistet werde, empfinde er eine finanzielle Unterstützung auch als Anerkennung.

Christina Zurfluh, SVP, möchte mit einer Definition aus Wikipedia zum Begriff Konzept anfangen: „Konzept“ (lateinisch concipere oder erfassen) bezeichne in der deutschen Umgangssprache einen groben, noch nicht bis zum Detail ausgeführten Plan. Im weiteren Sinn werde Konzept als Sammlung von Leitsätzen, Prinzipien oder als Skizze eines Vorhabens verstanden. In schriftlicher Form würden Konzeptpapiere die Vorgehensweise für bestimmte Vorhaben verbindlich darlegen.

Basierend auf dieser Definition würden also auch sie bestimmt nicht von einem Giesskannenprinzip sprechen, wie in der Antwort des Stadtrats unter Vorbemerkung erwähnt sei.

Zu Frage 1: „Hat der Stadtrat ein Konzept zur Aufbereitung und Ausarbeitung von Anträgen?“ - Wurde beantwortet mit Ja. Als Beweis dafür sei eine sogenannte Checkliste beigelegt worden. Dies sei nichts anderes als ein Antrags- oder Aufnahmeformular, wie man es zum Beispiel als „Intake“ kenne bei der Abteilung Soziales und somit also noch kein Konzept sei.

Dann gehe es weiter: „Die Gesuche werden von der Abteilung Finanzen geprüft.“ Es sei nicht aufgezeigt worden, wie oder nach welchen Kriterien sie geprüft wurden und welche Stellen sie konkret durchliefen und wer dabei was oder weshalb bewerte und visierte. Es sei bestimmt keine ganze Abteilung, welche sich mit einem Gesuch beschäftige. Dies sei also immer noch kein Konzept.

Zu Frage 2: Nach den Kriterien gefragt, erhielte man ein Blatt (Beilage 2) mit Richtlinien, welches so wie sie es verstünden, ebenfalls an den Antragsteller abgegeben werde. Ein Kriterienkatalog werde in der Antwort des Stadtrats zwar erwähnt und vorher kurz vom Stadtpräsidenten dargelegt, sei aber leider nicht mitgeliefert worden. Sonst könnte man vielleicht die angesprochenen Überlegungen des Stadtrats zum Thema wiederkehrende Unterstützungen nur in Einzelfällen, welches der Rat in letzter Zeit gerade mehrmals auf dem Tapete hatte, nachvollziehen.

Eine weitere Wikipedia Definition zu Kriterium und was auch sie darunter verstehen würden: Ein „Kriterium“ sei ein Merkmal, das bei einer Auswahl zwischen Personen oder Objekten (Gegenständen, Eigenschaften, Themen, usw.) relevant für die Entscheidung sei.

Es gebe quantitative, also mathematisch klar messbare und qualitative, sogenannte weiche Kriterien. Beide Formen von Kriterien könnten gemessen und entsprechend ausgewertet werden. Das wäre ein weiterer Teil eines Konzepts. So würde ein nachvollziehbarer und automatisch mitgelieferter Kriterienkatalog als Grundlage- und Arbeitspapier in den jeweiligen Kommissionen als wichtige Information und Entscheidungsgrundlage dienen.

Die SVP unterstelle dem Stadtrat absolut keine Willkür bei der Entscheidungsfindung zur Unterstützung von Anträgen. Sie stelle aber fest, dass es offensichtlich unterschiedliche Auffassungen in der Definition des Begriffes Konzept gebe und dass ein übergeordnetes Konzept in diesem Fall leider nicht vorliege.

Die Interpellation betreffend Konzept für Anträge um Unterstützung durch die Stadt gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

40.06

8. Interpellation der SP-Fraktion, vom 12. Februar 2013, betreffend der Förderung von günstigem Wohnraum; Begründung

Jonas Erni, SP, führt aus, dass sich der Rat eigentlich einig sei, dass auch in Zukunft Familien und Seniorinnen und Senioren in Wädenswil wohnen und wirtschaften sollen.

Es sei Fakt, dass Wohnungen im günstigeren und mittleren Preissegment in Wädenswil Mangelware sei. Immer mehr Leute aus dem Mittelstand haben Probleme eine Wohnung in Wädenswil zu finden. Um dies zu untermauern erwähne er die Studie der ZHAW, welche alle Studierenden gefragt habe. Das Ergebnis: 60% aller Studenten empfänden die Wohnungssuche in Wädenswil als sehr schwierig und 83% beantworteten die Umfrage, dass in Wädenswil gar keine bezahlbaren Angebote vorhanden seien. Ebenfalls hätten sich diverse Bürger und Bürgerinnen der Stadt an die SP gewandt, mit Beispielen warum es wirklich schwierig sei. Ein Familienvater habe sich an sie gewandt, da seine Tochter lange in Wädenswil eine Wohnung gesucht habe, aber einfach nichts Zahlbares gefunden habe. Es zeige einfach, dass es Menschen gebe, die gerne hier wohnen würden, aber einfach nicht könnten.

Jetzt sei es aber auch wichtig, dass eine gute Durchmischung in den Quartieren stattfinden werde, sie wollten weder Luxusquartiere noch Armenviertel. Es soll eine gute Durchmischung in allen Quartieren geben, denn dies mache die Stadt lebenswert. Um all dies zu ermöglichen würden einmaligen Vorhaben nicht reichen, wie das vom Stadtrat in der Weisung 11 vorgeschlagen worden sei. Man müsse ein klares Konzept und ein Massnahmenplan zur Förderung von günstigem Wohnraum erstellen. Sie möchten vom Stadtrat gerne wissen, welches die konkreten Massnahmen und spürbare Verbesserungen im niedrigen Preissegment im Wohnungsmarkt seien und ob es eine Stagnierung seitens Stadtrat betreffend Förderung günstigen Wohnraum gebe.

Die Interpellation betreffend Förderung von günstigem Wohnraum geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

40.06

9. Interpellation der CVP-Fraktion, vom 13. Februar 2013, betreffend Schaffung günstigen Wohnraums; Begründung

Beat Wiederkehr, CVP, freut sich, dass auch sein Vorredner, Jonas Erni, wie die CVP-Fraktion für günstigem Wohnraum einsetze. Sie wünschten sich ein grösseres Engagement der Stadt und wie der Titel schon sage, sie wollten es nicht fördern sondern ganz klar erschaffen. Drei Jahre nach Einreichung ihrer Volksinitiative sei leider immer noch nicht erkennbar, wie das Anliegen umgesetzt werden soll. Als Politiker lehre man zwangsläufig, geduldig zu sein. Doch nach drei Jahren warten reisse auch ihnen langsam der Geduldsfaden. An der Verzögerung sei nicht nur der Stadtrat Schuld; denn eine Mehrheit des Gemeinderats habe leider darauf verzichtet, gegen den Aufhebungsbeschluss des Bezirksrats zu rekurrieren. Es erscheine ihnen, dass seit dem Beschluss von anfangs September 2012 das Anliegen völlig zum Stillstand gekommen sei. Sie wollten wissen, wann mit der Ausschüttung des Liquidationsanteils der Pro Wädenswil von rund Fr. 3 Mio. gerechnet werden könne.

Weiter interessiere sie ganz konkret, wie das städtische Grundstück an der alten Landstrasse/Zopfweg/Zopfstrasse in der Au für gemeinnützigen Wohnungsbau genutzt werden könne. Der Stadtrat selber schreibe in seiner Umsetzungsweise vom Juli 2011, dass er beabsichtige, für das Anliegen einen öffentlichen Gestaltungsplan auszuarbeiten. Sie wollten jetzt wissen, was die nächsten Planungsschritte des Stadtrats seien. Nach ihren Vorstellungen soll das Land durchaus auch visionär genutzt werden. Sie würden laut darüber nachdenken, das Areal z.B. zu nutzen für barrierefreies Wohnen, für generationenübergreifendes Wohnen, für eine soziale Durchmischung und für energie- und verkehrstechnisch optimale Infrastrukturlösungen. Abschliessend, ganz allgemein, wollten sie auch wissen, ob sich der Stadtrat als Initiator für günstigen Wohnraum verstehe und welche städtischen Grundstücke sich sonst noch eignen würden, günstigen Wohnraum zu schaffen. Die CVP-Fraktion sei gespannt auf die stadträtliche Antworten und bedanke sich für die vertiefte Auseinandersetzung mit diesem Thema.

Die Interpellation betreffend Schaffung günstigen Wohnraums geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

39.00

10. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 15. Juli 2012, begründet am 3. September 2012, betreffend die nachhaltige Wasserversorgung in Wädenswil; Beantwortung

Stadtrat Werke Ernst Brupbacher, führt aus, dass er zu den Fragen resp. 6 Antworten keine ergänzenden Bemerkungen habe. Mindestens drei Fragen resp. Antworten wären zwar direkt aus dem Geschäftsbericht 2011 ersichtlich gewesen. Offensichtlich gehöre dieser aber nicht zur Nachtlektüre, daher das vertiefte Nachfragen zu der qualitativ hochstehenden Wasserversorgung.

Eine Gegenfrage sei ihm jedoch hier erlaubt. Im Wortlaut der Interpellation stehe am Schluss, er zitiere: "Damit können wir mithelfen, dass die Schweiz gewappnet ist, sollten aus dem EU-Raum irgendwelche Begehrlichkeiten bezüglich Wasser auf uns zukommen." Nun möchte er gerne wissen, auf was sich Wädenswil aus dem EU-Raum gefasst machen müsste? Der Stadtrat, die Stadt und die Werke, würden sich gerne frühzeitig darauf einstellen.

Albert A. Stahel, GLP, sagt, dass er den Geschäftsbericht nicht als Nachtlektüre einsetze.

Trotzdem habe er dem Stadtrat für seine Antwort zu danken, mindestens was die Beschreibung der heute anzutreffenden Situation der Wasserversorgung betreffe. Allerdings könne diese Antwort sehr bald ex-ante-Charakter haben. Dabei verweise er auf die Antworten auf seine Fragen vier und fünf, betreffend der Swimmingpools. In Ergänzung zur kleinen Statistik des Ist-Zustands habe er eine prospektive und damit ex-post-Analyse der zukünftigen Auswirkungen von Swimmingpools erwartet. Seien in Zukunft Bewilligungen von Swimmingpools noch tragbar? Oder im Klartext ausgedrückt, müsse die Bewilligung solcher Pools in Zukunft nicht eingeschränkt, wenn nicht sogar verhindert werden?

Heute gebe es für die Anwohner des Zürichsees genug Wasser, aber dieses Wasserreservoir könnte in der Zukunft als Folge der Überbesiedlung der Landschaft zunehmend überbe-nutzt sein. Die Schweiz liefere zu rund 65% Wasser an Deutschland. Der Raum Stuttgart leide unter Wassermangel und stelle zunehmend Forderungen an die Schweiz, mehr Was-ser aus dem Bodensee zu erhalten. Wasser sei kostbar und die Schweiz sei ein Wasserre-servoir.

Die Interpellation betreffend nachhaltige Wasserversorgung in Wädenswil gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

34.03

11. Interpellation von Kuno Spirig, BDP und der SVP/BFPW-Fraktion, vom 4. Juli 2012, überwiesen am 5. November 2012, betreffend saubere Chilbi; Beantwortung

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Thomas Largiadèr, führt aus, dass man stolz auf die Chilbi sei. Es sei ein Grossanlass und somit werde auch viel Abfall produziert. Zwei The-menkreise seien hier zu berücksichtigen. Einerseits wolle man eine saubere Chilbi, daher habe die Chilbikommission letztes Jahr den Auftrag erteilt, das Gelände zu putzen. Es sei tatsächlich sauberer gewesen und aber nun dürfe man sich nicht wundern, warum es teurer sei. Das Ziel sei, dass weniger Abfall generiert werde. Wolle man weniger Abfall an Gross-anlässen, nicht nur an der Chilbi, dann müsse man ein Mehrwegsystem einführen. Und ein solches werde auf die Chilbi 2013 eingeführt für Getränke. Sie seien zuversichtlich, dass auf diesem Wege die Menge verringert werde, auch wenn beim ersten Anlauf nicht alles rei-bungslos laufe.

Kuno Spirig, BDP, bedankt sich für die Antwort des Stadtrats und hat noch folgende Bemerkungen. Es sei schockierend, dass 10 Tonnen ungetrennter Abfall in drei Tagen produziert werde, soviel wie 9 Kleinwagen. Viele Wertstoffe würden weggeworfen und die Umwelt entsprechend belastet. Darum begrüßen sie die Absicht von Mehrwegbechern und Pfandflaschen. Der Kostensprung für die externe Abfallbewirtschaftung um 320% bzw. Fr. 20'000.-- in einem Jahr sei schwer nachvollziehbar und er wisse nicht, ob die Chilbi nun dreimal sauberer geworden sei. Es sei sicher sinnvoll für das laufende Jahr eine Korrektur nach unten zu versuchen.

Mehrwegbecher und Pfandflaschen seien ein guter erster Schritt, zusätzlich könnten die Kosten durch Einsatz von Beschäftigungsprogrammen und durch Abfalltrennung hinter der Theke gesenkt werden. Dies schlage die Interessengemeinschaft Saubere Veranstaltung vor. Die IG werde unter anderem durch das Bundesamt für Umwelt und den Kanton Zürich getragen.

Die Interpellation betreffend saubere Chilbi gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage der Gemeinde-ratspräsidentin Astrid Furrer keine Einwände erhoben

Simona Truttmann, Sekretärin-Stv/mim